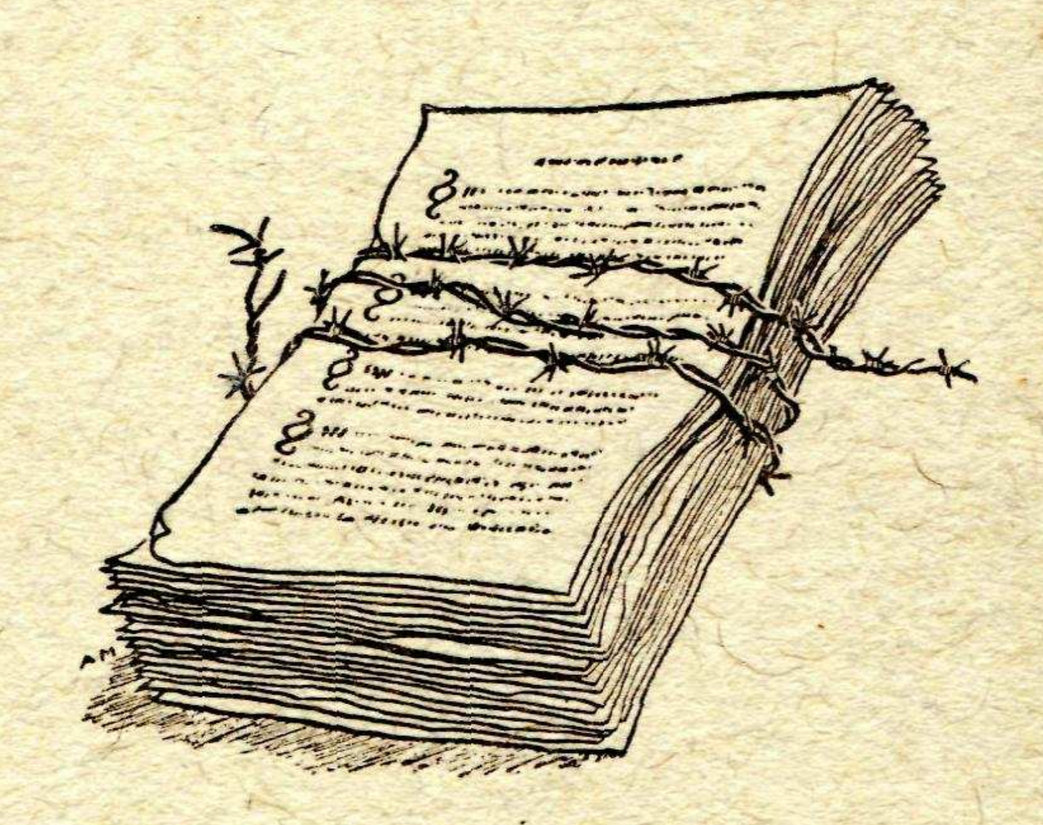
WILHELM ZIEGLER

DER ENDKAMPF IN VERSAILLES



HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT HAMBURG

Wilhelm Ziegler

Der Endkampf in Versailles



Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg

Gedruckt in der Hanseatischen Verlagsanstalt A.-G., Hamburg-Wandsbek

Printed in Germany

Der Endkampf mit den Deutschen

Die Vertreter von 27 Nationen waren am 7. Mai, 3 Uhr nachmittags, im großen Saale des Hotels Trianon-Palast in Versailles versammelt, um die Deutschen zur Überreichung des Friedensvertrages zu erwarten. Man hatte Versailles absichtlich zu diesem historischen Ereignis gewählt. Denn hier war fast ein halbes Jahrhundert vorher das Deutsche Kaiserreich aus der Taufe gehoben worden. Auch das Datum war nicht ohne Hintergedanken gewählt. Es war der Jahrestag der Versenkung der „Lusitania". Also ein deutliches Kompliment an die Adresse der Amerikaner!

Clemenceau als Präsident der Konferenz ergriff das Wort, nachdem die Deutschen unter Führung ihres Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau den Saal betreten und ihre Plätze eingenommen hatten. Zum ersten Male standen sich die Feinde Auge in Auge gegenüber, zum ersten Male wurde überhaupt eine unmittelbare Verbindung zwischen den Politikern auf beiden Seiten aufgenommen. Es sollte auch bereits das letzte Mal sein!

Auf diese Stunde hatte Clemenceau seit Jahr und Tag gewartet. Man spürte es sofort aus dem Inhalt seiner Worte, wenn es nicht schon der schneidende Ton einer Sprache verraten hätte. Einer der ersten Sätze offenbarte alsbald die Gesinnung, die ihn in diesem Augenblick beseelte: „Die Stunde der schweren Abrechnung ist ge-

kommen." Dann wies er auf den direkten Zweck dieser Zusammenkunft, die Überreichung der Friedensbedingungen, hin: „Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Wir überreichen Ihnen hiermit das Buch, das unsere Friedensbedingungen enthält. Damit Sie seinen Inhalt studieren können, werden Ihnen alle möglichen Erleichterungen gewährt, wobei die bei allen Kulturvölkern üblichen Höflichkeitsformeln sich von selbst verstehen." Hier konnte er es nicht unterlassen, eine Anspielung auf das Versailles von 1871 zu machen, indem er von dem „zweiten Frieden von Versailles" sprach. Dann kam die entscheidende Mitteilung über den weiteren Gang der Dinge:

„Eine mündliche Erörterung wird nicht stattfinden, und die Bemerkungen werden schriftlich zu überreichen sein. Den deutschen Bevollmächtigten ist eine Frist von 15 Tagen eingeräumt, um in französischer und englischer Sprache ihre schriftlichen Bemerkungen über den Vertrag zu überreichen. Vor Ablauf der fünfzehntägigen Frist haben die deutschen Vertreter die Möglichkeit, ihre Antworten zu übermitteln oder Fragen über die einzelnen Materien zu stellen. Nach Prüfung der innerhalb der obengenannten Frist überreichten Bemerkungen wird der Oberste Rat der deutschen Delegation eine schriftliche Antwort zukommen lassen, worin er die Frist angeben wird, in der sie die endgültige Gesamtantwort zu geben haben wird. Die Erörterung wird sich, um Zeit zu gewinnen, so rasch als möglich in den von mir angegebenen Formen bewegen."

Diese historische Ansprache dauerte kaum zehn Minuten. Trotzdem, ihr Ton und ihr Inhalt war für die Deutschen erschreckend, von erstarrender Grausamkeit. Was stand in diesen wenigen Sätzen? Das mündliche Verfahren war ausgeschaltet, nur schriftlich durfte verkehrt werden. Die Deutschen waren allein auf „Bemerkungen" beschränkt.

Für diesen schriftlichen Verkehr war - eine ungeheure Erschwerung für die Deutschen - der Gebrauch der französischen und englischen Sprache vorgeschrieben. Der vorgelegte Band mußte überhaupt erst einmal von ihnen übersetzt werden! Für die Prüfung der 440 Artikel des Dokuments - ohne die Anlagen - mit seinen rund 80 000 Wörtern, für das die Verfertiger sich fast genau ein halbes Jahr Zeit gelassen hatten, waren ihnen ganze zwei Wochen eingeräumt. Dafür hatte der Präsident der Konferenz erklärt, dieses ganze Verfahren sei gewählt, „um Zeit zu gewinnen". Klang das nicht wie blutiger Hohn? Über die Berücksichtigung der deutschen „Bemerkungen" enthielt diese Mitteilung des Präsidenten überhaupt kein Sterbenswörtchen. Diese war also völlig in das Belieben der Siegermächte gestellt! Es war also wirklich der Diktatfrieden, den man bis zum letzten Augenblick der Loyalität auch dieser kaltblütigen Gegner nicht zugetraut hatte. Mitgefühl oder auch nur Fairneß oder Ritterlichkeit hatten die Deutschen sowieso kaum erwartet, denn sie gaben sich keiner Selbsttäuschung über den Ernst der Situation und die wahre Gesinnung der Gesichter ringsum hin. Aber so viel kalten Haß, wie er ihnen hier entgegenschlug, hatten sie doch nicht erwartet. Das mußte ihnen das Blut in den Adern erstarren lassen.

Es war klar, daß die Deutschen diese Stunde, namentlich nach diesem raffiniert gezügelten Ausbruch eines zynischen Vernichtungswillens, nicht stillschweigend vorübergehen lassen konnten. Nachdem der Dolmetscher mit der Übersetzung der Rede Clemenceaus geendet hatte, ergriff Graf Brockdorff-Rantzau das Wort. Er blieb - auf seinem Platz sitzen, denn er wollte nicht den Eindruck des Angeklagten hervorrufen, der zum Aufstehen aufgefordert wird.

Schon mit den ersten Worten gestand er offen die deutsche Niederlage und den Zustand der deutschen Ohnmacht ein. Um so entschiedener wandte er sich gegen das Ansinnen, die Deutschen sollten sich als die Alleinschuldigen am Kriege bekennen. „Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde ein Lüge.“ Das war sein aus tiefster Seele kommender Aufschrei. Bei diesem Punkte verweilte er noch etwas. Denn der entehrende Vorwurf der Kriegsentfesselung und einer verbrecherischen Kriegführung mußte die Deutschen bis ins Mark ihres Ehrgefühls treffen. Aber trotz seiner nur mühsam zurückgehaltenen Erbitterung erklärte der Graf die Bereitschaft, auf der Grundlage des Vorfriedens in gemeinsamer Arbeit mit den Feinden Zerstörtes wieder aufzubauen und geschehenes Unrecht wieder gutzumachen. Auch seiner finanziellen Entschädigungspflicht, so erklärte er, wolle das deutsche Volk Genüge leisten. Aber er unterließ es auch nicht, auf die deutschen Rechtsansprüche hinzuweisen. Er erinnerte noch an die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November als Opfer der Blockade mit kalter Überlegung getötet worden seien, und berief sich auf „das Recht, das den Deutschen durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet“ sei. Er schloß mit den Worten:

> „Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Lose abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar.“

Kaum eine Stunde hatte dieser ganze Akt gedauert. Die Würfel waren gefallen. Der Rubikon war überschritten. Für die Alliierten gab es jetzt kein Zurück mehr. Sie waren

vor der universalen Öffentlichkeit der Welt festgelegt. Und die Deutschen wußten, daß sie auf Schonung nicht zu rechnen hatten. Vae victis!

Jetzt begann für die Deutschen eine Periode fieberhafter konzentrierter Arbeit bis zur Erschöpfung. Mit Anspannung aller Nerven und Muskeln ging es an das Studium des umfangreichen Buches, das man ihnen überreicht hatte. Denn jetzt war keine Minute zu verlieren. Jeder Augenblick war kostbar. Was jetzt in der Minute ausgeschlagen wurde, das brachte keine Ewigkeit zurück. Die deutsche Delegation hat in den nun folgenden drei Wochen - auf die die Alliierten sich nach eindringlichen Vorstellungen nachträglich noch eingelassen hatten - eine fast übermenschliche Arbeit geleistet, die noch die zweifellos respektable intellektuelle und physische Leistung der Feinde in den vergangenen Monaten in den Schatten stellte. Nicht weniger als zwanzig Noten sind in dem Rest des Monats von den Deutschen abgefaßt und den Gegnern vorgelegt worden. Das Trommelfeuer begann schon nach zwei Tagen mit der Vorlage eines deutschen Völkerbundprogramms und der generellen vorbeugenden Mitteilung, daß nach Einsichtnahme in den Vertrag die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen sei, und daß die deutsche Delegation den Nachweis hierfür erbringen werde. Am nächsten Tag erging eine Note mit der Forderung größter Beschleunigung der Heimsendung der Kriegsgefangenen und eine weitere Note mit dem Entwurf eines Abkommens über ein internationales Arbeitsrecht. Nach weiteren drei Tagen erschien bereits eine Note, die sich materiell mit den wirtschaftlichen Konsequenzen der Friedensbedingungen auseinandersetzte. Es wurde eindrucksvoll auf die verheerenden Folgen der Summierung der verschiedenen wirtschaftlichen Lasten für die Wirtschaftskraft Deutschlands hingewiesen, auf die Einbußen an eige-

ner Produktion, den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer. Es hieß darin: „Werden die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zugrunde gehen müssen." Auch gegen die Annexionen wurde in dieser Note energischer und begründeter Protest eingelegt. Der Widerspruch zwischen den Bedingungen des Vorwaffenstillstands-Vertrags und der Abtretung des Saarbeckens sowie der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien wurde im einzelnen belegt. In beiden Fällen wurden gleichzeitig Anerbietungen und positive Vorschläge für eine bessere Lösung und Befriedigung der gegnerischen Ansprüche gemacht. Eine Note über die Behandlung der Missionsfrage erschien am 18. Mai. Eine weitere über die Arbeiterversorgung und über die Behandlung des deutschen Privateigentums am 22. Mai. Besonders die letztere war eine tiefschürfende, höchst eindrucksvolle Arbeit. Es wurde mit peinlicher Gründlichkeit und zwingender Logik nachgewiesen, daß die im Friedensvertrag verhängte Beschlagnahme des deutschen Privateigentums im Ausland mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens in Widerspruch stünde. Am 25. Mai wurde eine Note über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg überreicht, der gleichzeitig eine umfangreiche Denkschrift, die sogenannte Professorendenkschrift, beigefügt war. Die Krönung der deutschen kritischen Untersuchung des Vertragswerks aber bildeten die am 28. und 29. Mai überreichten sogenannten Gegenvorschläge der Deutschen, die in einer umfangreichen Denkschrift, begleitet von einer Spezialnote, zusammengefaßt waren.

Dieses Dokument geht alle Partien des Vertrags durch, aber in positiver Kritik, indem es die Rechtsgrundlage

dem fertigen Text gegenübergestellt und auf Grund der gewonnenen Erkenntnis eigene bessere Lösungsvorschläge macht. Besonders wirksam sind die Ausführungen über die territorialen Forderungen des Vertrags.

Äußerlich war diese Note ein kleines Buch, aus einer Mantelnote und einer Denkschrift bestehend, mit dem unscheinbaren Titel „Bemerkungen zu den Friedensbedingungen". In Wahrheit aber war sie beinahe ein Gegenfriedensvertrag. Sie ging davon aus, daß das deutsche Volk „im Vertrauen auf die zugesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen die Waffen aus der Hand gelegt" habe. Diese Rechtsgrundlage aber sei von den Alliierten verlassen worden, der Friedensvertrag infolgedessen „der Bruch eines völkerrechtlichen Abkommens". Diese Generalfeststellung wird im einzelnen an Hand der Hauptgruppen des Vertrags exakt nachgewiesen. Es wird gezeigt, daß der Friede nach den eigenen Worten Wilsons „auf dem Wege der Verhandlungen" hätte zustande kommen müssen, und daß der materielle Inhalt des Friedens „sich nur auf die Anwendung der Vierzehn Punkte Wilsons" erstrecken" konnte. Demgegenüber zeige das Friedensdokument, „daß alle diese wiederholten Versicherungen nicht eingehalten worden seien". Dies wird für das Saargebiet mit seinen wenigstens 600 000 Einwohnern nachgewiesen, das nur deshalb vom Deutschen Reiche losgelöst werde, weil Ansprüche auf die dort vorhandenen Kohlen gemacht würden. Auch für die Abtretung von Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen, die Ablösung von Oberschlesien, das seit 750 Jahren in keiner Verbindung mit Polen gestanden habe, und die Abtrennung der Provinz Posen und von fast ganz Westpreußen, obgleich dort Millionen Deutscher wohnten, wird dieser Nachweis geführt. Es wird festgestellt, daß die Abtretung von Elsaß-

Lothringen und des Polnischen Korridors unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes erfolge. In diesem Zusammenhang wird auch, pikanterweise, auf eine Äußerung Wilsons in seinem Buche „The state, elements of historical and practical politics“ in Kapitel 7: „The governments of Germany“, Seite 252, hingewiesen, in der er den jetzt Polen zugewiesenen Netzedistrikt als ein durchaus deutsches Gebiet bezeichnete. Die Regelung der Reparationsfrage wird dahin zusammengefaßt, daß „die Höhe der Entschädigung durch eine lediglich feindliche Kommission festgestellt" werden solle, und daß „die Befugnisse dieser Kommission einfach darauf hinausliefen, Deutschland wie eine große Konkursmasse zu verwalten". Die Generalkritik der Note läuft darauf hinaus, daß der vorgelegte Friedensvertrag „in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Rechtsfrieden" stehe, und daß die Welt an Stelle des Systems der Vernichtung Deutschlands „die internationale Arbeitsgemeinschaft auf allen Gebieten" brauche. Damit geht die Denkschrift über zu den positiven Gegenvorschlägen der Deutschen. Sie verlangt Abstimmung in Elsaß-Lothringen und Deutsch-Österreich, für die Provinz Posen willigt sie in die Abtretung „unbestreitbar polnischer Gebiete" ein, ebenso für Westpreußen, abgesehen von dem unbedingt notwendigen Verbindungsweg mit Ostpreußen. Danzig und Umgebung wird für Deutschland beansprucht. In der Kolonialfrage erklärt sie die Bereitschaft Deutschlands, gegebenenfalls als Mandatar des Völkerbundes die Verwaltung seiner Kolonien zu führen. Die Auslieferung der Handelsflotte wird als unannehmbar bezeichnet, dagegen ihre Einbringung in einen „Weltpool" angeboten. In der Reparationsfrage wird die Entschädigungspflicht Deutschlands auf Grund der Note vom 5. November aus-

drücklich anerkannt. Deutschland sei einverstanden, daß der Gesamtbetrag der Schäden durch die Kommission zur Wiedergutmachung, aber unter Mitwirkung einer deutschen Kommission und im Streitfall durch ein gemischtes Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz festgesetzt werde. An anderer Stelle wird sogar der Wunsch ausgesprochen, „bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten". Es wird zum Schluß eine feste Summe von 100 Milliarden Goldmark angeboten, allerdings unter der Voraussetzung, „daß Deutschland keine weiteren territorialen Opfer als die von ihm selbst eingeräumten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält". Die deutsche Denkschrift schließt nach Darlegung dieser und einiger weiterer positiver Angebote mit der feierlichen Erklärung: „Das arbeitende Volk Deutschlands wollte stets Frieden und Recht und will dies noch jetzt, darin weiß Deutschland sich eins mit der ganzen Menschheit. Wird diese Sehnsucht enttäuscht, so ist der Gedanke des Rechtes auf ein Menschenalter hinaus vernichtet und eine auf Sittlichkeit beruhende Weltordnung unmöglich."

Der Eindruck dieser eminent gründlichen und geschickten Gesamtdarlegung war auch auf der Gegenseite nicht gering. Henry Wilson, der englische Generalstabschef, schrieb an diesem Tage in seine Aufzeichnungen: „Der Eindruck war, daß die Deutschen ihre Sache sehr gut vertreten haben und ihnen in manchen Einzelheiten überhaupt nicht beizukommen ist. Die Fräcke [so nennt er als Soldat mit Vorliebe die ‚Großen Vier' als Zivilisten] sitzen in einer argen Klemme. Die Deutschen haben gemacht, was ich vorausgesehen habe: sie haben einen vollständigen eigenen Entwurf vorgelegt, der sich auf die ‚Vierzehn Punkte' stützt und viel einheitlicher ist als der unsere."

Damit schloß vorläufig die planmäßige Kanonade, mit der die Deutschen den Vertrag bombardiert hatten. Die Öffentlichkeit war stark in Atem gehalten worden durch diese gegenseitige Beschießung mit den papiernen Kugeln. Denn auch die Gegner sparten nicht mit ihrer Munition. Jede Note der Deutschen wurde beantwortet. So daß die Öffentlichkeit fast völlig von diesem öffentlichen Duell absorbiert wurde, um so mehr als die Deutschen die einzigen waren, die ohne Einschränkung von dem vollen Inhalt des Vertrags Gebrauch machten und so die Welt zum Teil erst mit neuen Tatsachen und Zusammenhängen des Vertrags überraschten. Aber die wirklichen Kämpfe um das Schicksal des Vertrags spielten sich auf einer ganz anderen Front ab. Das, was hier vor aller Augen vor sich ging, war insofern eher eine Ablenkung. Denn im Schoße der Konferenz selbst waren mittlerweile Differenzen und Spannungen zum Ausbruch gekommen, die den ganzen Vertrag zu zerreißen drohten. Jetzt hatte in Wahrheit erst die kritische Schicksalsstunde geschlagen, die über Leben und Tod des Friedensvertrages entscheiden sollte. Erst jetzt, nachdem er endlich fix und fertig mit vollzogener Unterschrift vorlag!

Schon vierundzwanzig Stunden nach der Überreichung hatten sich die ersten Bedenken über das vollendete Werk im Siegerlager eingestellt. Denn als der „Rat" am nächsten Tage die Ereignisse des Vortages berührte, gestand Lloyd George, daß der einzige Teil von Brockdorff-Rantzaus Rede, der ihm einiges Unbehagen bereitet habe, die Stelle gewesen sei, wo er auf die Hungersnot hingewiesen hatte, die seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes um sich gegriffen hätte. Clemenceau hielt ihm fix entgegen, daß Brockdorffs Behauptungen erst bewiesen werden müßten. Und der Präsident Wilson versuchte den Einwand Lloyd Georges mit der Bemerkung abzutun, daß die Leute ge-

hungert hätten, weil, ohne jemandes Verschulden, es unmöglich gewesen wäre, den Friedensvertrag früher fertigzustellen, obwohl er die Dinge damit auf den Kopf stellte.

Wirkliche Unruhe aber kam erst in die geschlossenen Reihen der Konferenz, als aus England eine Reihe von Stimmen herüberschallten, die heftige Kritik an dem fertigen Werk übten und Lloyd George einen tüchtigen Schrecken einjagten. Besonders aus der Ecke der Arbeiterpartei blies ein scharfer Wind. Das Blatt der Arbeiterpartei, der „Labour Herald", lehnte den Vertrag rundweg ab und faßte sein Urteil in den Satz zusammen: „Der Friedensvertrag ist gänzlich im Geiste des alten Regimes gehalten ... Wir hatten Vertrauen zu Wilson ... Wilson ist geschlagen." Die Arbeiterpartei selbst erließ eine offizielle Kundgebung, die das „Abkommen" als „sehr mangelhaft" und „in einzelnen wichtigen Punkten" als „im Widerspruch mit den Vierzehn Punkten Wilsons" bezeichnete und schließlich kundtat, daß die Arbeiterpartei „die Verantwortung für die Vergewaltigung der Friedensprinzipien nicht übernehmen könne." Daran anschließend wurde konkrete Kritik an den wichtigsten Punkten der Reparationsregelung, der Entwaffnung Deutschlands, der Kontrolle des Saargebiets, der Abtretung von Elsaß-Lothringen ohne Volksabstimmung und der gleichartigen Abtretung an der polnisch-deutschen und der tschechisch-slowakischen Grenze geübt. Aber auch aus dem Lager der Liberalen meldeten sich sehr reservierte Stimmen. Die Zeitung „Daily News" verurteilte das Friedensdokument in schärfster Weise: es sei das härteste Urteil, das jemals über eine große Macht ausgesprochen worden sei. Den stärksten Eindruck aber unter den Stimmen der liberalen Presse mußte auf Lloyd George wie die englische Öffentlichkeit ein alles zergliedernder Artikel des hochangesehenen

Publizisten J. L. Garvin in der Zeitschrift „Observer" machen, der auch über die englischen Grenzen hinaus seine Wirkungen ausstrahlte. Diese Nervosität in England wurde durch die nacheinander herausplatzenden deutschen Noten mit ihrer fast durchweg zwingenden Argumentation noch gesteigert. Sogar aus den Vereinigten Staaten meldeten sich einige Stimmen heftiger Kritik. Aber das Schwergewicht dieser Opposition jenseits des Ozeans richtete sich gegen den Völkerbund, während die allgemeine politische Tendenz des Vertrags keinen sonderlichen Widerspruch, sondern eher noch Billigung fand.

Dagegen regten sich jetzt in den Reihen der Mitarbeiter am Vertrage selbst zunehmende Zweifel, je mehr man Distanz zu dem Werke gewann. Unter den Amerikanern waren es Lansing, der in Privatunterhaltungen nicht mit heftigen Kommentaren zurückhielt, sowie Herbert Hoover, der die wirtschaftlichen Bedingungen für unausführbar hielt. Es kam sogar zu einigen Demissionen in der Gruppe der amerikanischen Spezialisten. Am 17. Mai erklärte William C. Bulitt dem Präsidenten Wilson seinen Rücktritt, weil er mit der Behandlung Rußlands und den ungerechten Beschlüssen der Konferenz über Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saargebiet und die Freiheit der Meere nicht einverstanden war. Bullit hatte insofern eine wichtige Rolle gespielt, als er Wochen hindurch Verhandlungen mit den Bolschewisten über die Herstellung eines Arrangements der diplomatischen Beziehungen geführt hatte. Außer ihm kamen zu dem gleichen Entschluß der Professor E. T. Williams und der Kapitän Hornbeck. Aber das alles waren zunächst nur gewisse oberflächliche Zuckungen, die nicht tiefer griffen, obwohl der Absagebrief von Bullit nach seiner Veröffentlichung in der „Humanité" durch die ganze Presse wanderte.

Schließlich hatte der „Rat" auch alle Hände voll mit der Förderung der andern Friedensverträge, also mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei zu tun. Auch die Adriafrage kam jetzt erneut aufs Tapet, nachdem die Italiener wieder treu in Reih und Glied zurückgetreten waren. Noch einmal versuchte der Oberst House mit aller Gewalt, unter Aufbietung seines ganzen Spürsinns für Kompromisse, die Patentformel ausfindig zu machen. Tagelang stand die Adriafrage im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der 12. Mai war direkt ein „italienischer Tag", wie House notierte. Offiziell im „Rat" und inoffiziell hinter den Kulissen wurde in Vermittlung „gemacht". Am 16. Mai schien wirklich die Verständigung zwischen Italienern und Jugoslawen zu winken. Aber auch diese Hoffnung zerschlug sich alsbald. Noch bis Ende des Monats schleppten sich die Ausgleichsversuche über diese widerspenstigste aller Fragen hin, aber ohne Erfolg. Alle Versuche, diesem Problem beizukommen, scheiterten. Die Konferenz mußte schließlich unverrichteter Dinge ihre Unfähigkeit zur Lösung der Adriafrage eingestehen.

Auch die Frage der Aufteilung der Türkei bewegte die Gemüter heftig. Hier war wieder eine dankbare Gelegenheit, auf Kosten eines Abwesenden sich zu bereichern. Es wurde so freigebig verteilt wie kaum zuvor. Die Franzosen, die Italiener, die Engländer, die Griechen und dieses Mal sogar die Amerikaner sollten jeder ein Stück abbekommen. Den Amerikanern sollte ein Mandat über Konstantinopel und Armenien übertragen werden, und Präsident Wilson war dem keineswegs a limine abgeneigt, obwohl dazu die Gestellung von amerikanischen Divisionen erforderlich gewesen wäre. Selbst die völlige Utopie dieses Vorschlags vom Standpunkte der amerikanischen Gesamtpolitik aus schien ihn nicht zu berühren. Denn der amerikanische

Kongreß hätte mit Sicherheit jeden hinausgeworfen, der diesen Vorschlag zu machen gewagt hätte, wie Feldmarschall Henry Wilson sich in seinem Soldatenjargon kernig, aber treffend ausdrückte. Schließlich verlief dieses phantastische Projekt im Sande. Dann bereitete bei der Beratung des Vertrags mit Österreich die diesem zu bewilligende Armee heftige Kopfschmerzen. Die Militärs waren diesmal recht entgegenkommend. Sie wollten eine Freiwilligenarmee von 40 000 Mann zugestehen, Clemenceau dagegen hielt 12 000 bis 15 000 Mann für ausreichend. Er meinte, die Soldaten fingen immer Kriege an, während sie als Politiker für den Frieden sorgten! Worauf ihn Henry Wilson mit der spöttischen Bemerkung abführte, daß im Augenblick 21 Kriege im Gange seien! Schließlich einigte man sich im „Rat" auf 30 000 Mann. Noch mehr aber beschäftigte in diesem Zusammenhang Clemenceaus Gehirn die Sorge um die hermetische Abdrosselung der Gefahr des „Anschlusses". Er setzte sogar nachträglich noch eine Verschärfung des „Anschlußverbotes" in Artikel 80 des bereits vorgelegten Vertrags mit Deutschland durch, obwohl schon der ursprüngliche Wortlaut völlig ausreichend Frankreichs Interesse an der „Unabhängigkeit Österreichs" gewährleistet hatte. Hier war der „Tiger" von einem unersättlichen Rachedurst, hier konnten nicht genug Riegel vorgelegt werden!

Aber je mehr man sich dem Ende des Monats Mai näherte, um so mehr wuchs die Spannung über die schließliche Stellungnahme der Deutschen. Denn von ihrem Verhalten hing der ganze Ausgang der Konferenz ab. In dem diplomatischen Spiel mit ihnen fielen die Würfel der Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg des Ganzen. Wenn man mit ihnen nicht einig wurde, dann wurden alle andern

noch so mühseligen und aussichtsreichen Abkommen mit den übrigen Feinden mit einem Streiche wertlos.

Je klarer sich also allmählich die Stellung der Deutschen in ihren Noten abzeichnete und je präziser sie die Gründe für ihre ablehnende Haltung herausarbeiteten, um so unruhiger, nervöser und schwüler wurde die Stimmung im englischen Lager. Vor allem der General Smuts, der Premierminister von Südafrika, geriet in bedenkliches Schwanken. Schon am 16. Mai hatte er dem Oberst House in einem Gespräch erklärt, daß er und sein Kollege General Botha „beinahe fest entschlossen" seien, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, wenn die Entente sich weigere, die von den Deutschen vorgeschlagenen, von der liberalen Welt gewiß gebilligten Änderungen vorzunehmen. Vor allem eine Aufrechterhaltung der Blockade, um Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen, würde in der ganzen Welt zu einer Erhebung führen. Am 22. Mai, wenige Tage später, teilte Smuts diese seine Bedenken dem britischen Premierminister Lloyd George in einem ausführlichen Exposé mit. Er verlangte darin eine ganze Reihe von Amendements zu dem Vertrag. In erster Linie zu der Regelung der Okkupation des linken Rheinufers, die er „die gefährlichste Bedingung des ganzen Vertrags" nannte, sodann für die Verwaltung des Saarbeckens, in dem er eine Volksabstimmung für überflüssig hielt. In der Reparationsfrage erklärte er den angenommenen Plan für undurchführbar, weil er „die Gans, die die goldenen Eier legen sollte, töten" müsse. Er schlug dafür vor, die Deutschen anzuhören, was sie zur Kritik des Reparationsplanes zu sagen hätten. Am schneidendsten aber wurde seine Sprache in seinen Ausführungen über Deutschlands östliche Grenze. Zu diesem Kapitel erklärte er, daß die Alliierten bei der ungebührlichen Vergrößerung Polens nicht nur das Verdikt

der Geschichte umstürzten, sondern einen politischen Kardinalfehler begingen, der sich noch im Laufe der Geschichte rächen würde. Er faßte seine Ansichten dahin zusammen, daß er die lange Okkupation des Rheins und die ungebührliche Vergrößerung Polens für die beiden Kardinalfehler des Friedensvertrags halte, die eine starke Bedrohung des künftigen Friedens Europas bilden würden, und drängte darauf, daß jedes Mittel angewandt werde, sie aus der Welt zu schaffen, ehe es zu spät sei. Dazu müßten Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete Deutschland belassen, die Grenzen der freien Stadt Danzig enger gezogen, und diese selbst anstatt unter die Oberherrschaft Polens, unter die Souveränität Deutschlands mit einer dem Völkerbund unterstellten Verwaltung gestellt werden. Er erwähnte dann noch die Entrechtung Deutschlands durch die Erzwingung des 100 000-Mann-Heeres, die Internationalisierung der Flüsse und Eisenbahnen Deutschlands, die genau so wäre, als wenn die Themse-Stromkommission fast ausschließlich aus Vertretern fremder Regierungen bestünde. Und als letztes die Häufung von „Nadelstichen", die über das ganze Instrument verteilt seien. Als praktischen Ausweg schlug er die Bildung eines kleinen Komitees vor, das in mündliche Erörterung mit den Deutschen eintreten solle, um mit ihnen zusammenzukommen und über den Friedensvertrag als Ganzes zu beraten. Nur auf diese Weise könne das Schlimmste vermieden werden, was dem Vertrag widerfahren könne, daß „die Deutschen mit den Spitzen der Bajonette zur Unterzeichnung gezwungen würden, und der Vertrag später durch das deutsche Volk selbst moralisch in Verruf gebracht würde". Denn das positive Ziel aller Bemühungen müsse - so schloß er seine fast prophetische Denkschrift - die „An-

erkennung durch die Menschheit" als „endgültige Sanktion" des Friedens sein.

Es war kein Wunder, daß diese Denkschrift dem englischen Premierminister tiefen Eindruck machte. Denn sie war nach Form und Inhalt ein Meisterstück. Der Klarheit ihrer Logik und der Sauberkeit ihrer Gesinnung konnte sich kein halbwegs gutwilliger Mensch entziehen. Noch mehr aber hat vielleicht auf Lloyd George die Besorgnis gewirkt, der liberale Premierminister seines Dominions Südafrika könne jetzt in letzter Minute wirklich abspringen. Das wäre nicht nur eine schwere Blamage für ihn gewesen, er wäre auch in eine ungeheure politische Verlegenheit gekommen. Er hätte vielleicht die politische Unterstützung der englischen Liberalen damit eingebüßt, womit sein ganzes Kartenhaus der innenpolitischen Rückendeckung in der Heimat in sich zusammengefallen wäre! Er ging ohnedies schon jetzt nur noch widerwillig, mit tiefem Unbehagen in die Sitzungen des „Rates". Er hatte „Mordsangst, einfach Mordsangst" - so äußerte Wilson im vertrauten Gespräch mit seinem Pressechef.

Am meisten aber beschäftigte ihn die zermürbende Frage, ob die Deutschen unterzeichnen würden. Denn von dieser Frage hing schlechterdings seine ganze politische Existenz ab. Sie bewegte alle Gemüter. Sie war das eigentliche Tagesgespräch. Man „tippte" auf beide Fälle, Ablehnung oder Unterzeichnung, je nach Temperament und Laune. Wie bei einem sensationellen Zweikampf im Sport. Foch und Henry Wilson unterhielten sich in den letzten Maitagen auch über dieses Thema. Foch glaubte nicht, daß die Deutschen unterzeichnen würden, aber auch nicht, daß Präsident Wilson einem Einmarsch in Deutschland zustimmen werde.

Für die Millionen der Zaungäste waren das mehr oder weniger packende Kombinationsspiele zur Unterhaltung

oder zum Nervenkitzel, für die höchsten Militärs war es eine Angelegenheit des reinen Handwerks, für Lloyd George aber war es die eigentliche persönliche Schicksalsfrage. Denn wenn die Deutschen ablehnten, dann war er zerschmettert und für alle Zeiten erledigt. Dann war das ganze Friedensvertragswerk, mit dem sein Name unlöslich verbunden war, keinen „Penny" wert, nur noch ein Fetzen Papier. Dann waren vier Jahre Krieg und sechs Monate Arbeit am Frieden glatt verpulvert. Dann begann alles wieder von vorn, als ob es nie die Siegesstunde des 11. November gegeben hätte. Dann mußten wieder die militärischen Operationen beginnen, um Deutschland doch noch auf die Knie zu zwingen. - Wie würde sein Volk auf diese Wiederkehr der „Mobilisierung" quittieren, nachdem es soeben erst die Demobilisierung mit Mühe und Not durchgesetzt hatte? Und würde diese militärische Operation auch den gewünschten Erfolg haben? Wer konnte überhaupt die Deutschen zur Unterschrift zwingen? Würde selbst im Falle des militärischen Erfolges sich eine deutsche Regierung finden, die die Unterschrift leisten würde? Und würde eine schließlich erzwungene Unterschrift von Verfemten nicht doch wertlos sein? So daß man am Ende doch ins Leere stoßen würde? Oder würde nicht schon vorher das Chaos über Deutschland hereinbrechen und ganz Europa mit in seinen Strudel ziehen, nachdem man den Zerfall bisher mühselig hintan gehalten hatte?

Wenn er diese Möglichkeiten, die sich aus der Nichtunterzeichnung ergaben, ins Auge faßte, dann rollte dieser ganze Film gespenstischer Perspektiven wie am Schnürchen hintereinander ab. Dann wurde er von Grauen und panischer Angst gepackt. Jetzt erst, bei ruhiger Überlegung, kam ihm diese ganze Tragweite der Handlung vom 7. Mai zu Bewußtsein. Vorher, als sie im „Rat" das ganze Gebäude

Stein für Stein aufeinanderschichtend aufgerichtet hatten, da hatte das alles lange nicht diesen überwältigenden und zermalmenden Eindruck gemacht. Jede einzelne Strafmaßnahme für Deutschland war bei aller Härte erträglich erschienen. Jetzt aber, wenn er den fertigen Koloß des Instrumentes zur Untersochung Deutschlands als Ganzes auf sich wirken ließ, dann war es etwas ganz anderes, eine Art mittelalterliches Marterinstrument, dessen Annahme für die Deutschen der Unterzeichnung des eigenen Todesurteils gleichkam. Jetzt konnte er kaum daran glauben, daß die Deutschen hierzu ihre Unterschrift geben würden.

Vielleicht ließ sich wenigstens noch einiges mildern und das Schlimmste verhüten, wenn man von diesem elenden bürokratischen Papierkrieg des Austausches von Noten loskam und endlich das mündliche Verfahren einschaltete. Smuts hatte das ebenfalls vorgeschlagen. Präsident Wilson tat ihm sogar den Gefallen und nahm ihm das Odium dieser Anregung ab, indem er am 21. Mai in der Ratssitzung bemerkte, er würde den Deutschen gerne bekanntgeben, daß die Sachverständigen der Alliierten und Assoziierten Mächte jetzt bereit wären, mit ihren Sachverständigen über die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen in Verhandlungen einzutreten. Doch Clemenceau räumte diese unbequeme Störung rasch aus dem Wege, unter dem billigen Vorwand, man schiebe diese Frage besser bis zum Empfang der deutschen Generalnote hinaus. Denn diese stand sowieso dicht bevor. Am 29. war der letzte Termin für die Antwort der Deutschen.

Am 29. also schleuderten die Deutschen dieses schwerste Geschoß ihrer Attacke auf den Vertrag in die Welt. Dieses Dokument hätte unter normalen Umständen ins Schwarze getroffen und wie ein Volltreffer eingeschlagen. Hier aber mußte ihm diese Wirkung versagt bleiben. Denn dazu war

der Panzerschutz der feindlichen Front mit dem Stahlmantel des Hasses und der Zusammenschweißung durch die gemeinsamen Interessen zu dick und stark. Trotzdem war die Erschütterung der Konferenz, die sich tief in die Kolonnen der öffentlichen Meinung fortpflanzte, beträchtlich. Wir sahen, welch starken Eindruck dieses in sich geschlossene Dokument selbst auf einen so hartgesottenen Deutschenfeind wie den englischen Marschall Henry Wilson ausübte. Der gleiche Eindruck bewog vor allem den General Smuts, schon am nächsten Tage auch an den Präsidenten Wilson ein Schreiben zu richten, in dem er noch einmal ähnliche Gedanken wie in seinem Brief an Lloyd George entwickelte und den Standpunkt auseinandersetzte, daß der Friedensvertrag ihm „gegen den Buchstaben und den Geist der Wilson-Punkte zu verstoßen scheine". Er leitete diesen ungewöhnlichen Schritt mit der Mitteilung ein, daß die deutsche Antwort ihm die fundamentale Note anzuschlagen scheine, die für die Alliierten am gefährlichsten sei, und die sie mit größter Sorgfalt zu erwägen gehalten seien. Denn die Deutschen sagten im Grunde, daß die Alliierten ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stünden, einen „Wilson-Frieden" zu schließen, und daß nach seiner Ansicht absolut kein Zweifel sei, daß dem wirklich so sei. Wiederum wies der südafrikanische Premierminister mit dem Finger auf die Gefahren der Reparationen, des Regiments an der Saar, der Internationalisierung deutscher Ströme und der Rheinlandokkupation hin. Am Schluß seines Schreibens schwang er sich zu einer feierlichen Warnung vor den Folgen auf, wenn kein „Wilson-Friede" geschlossen würde. Dann würde es so scheinen, als brächen die Alliierten ein förmliches, mit vollem Bewußtsein geschlossenes Abkommen, und würden mit schwerster Schande überschüttet. Der Friede selbst aber könnte dann

sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, wie diese Zeilen eines hochgeschätzten, ja verehrten Anhängers auf den Präsidenten gewirkt haben. Das weitere Verhalten des Präsidenten in dem nun anbrechenden letzten Zusammenprall der Kräfte auf der Seite der Alliierten spricht nicht dafür, daß dieser Appell gezündet hat. Denn am verwunderlichsten und rätselhaftesten ist die Stellung Wilsons in dem Schlußdrama, das nun anheben sollte.

Immerhin, die Explosion dieser deutschen Riesengranate trug doch eine gewisse Verwirrung in die Reihen der Angelsachsen.

Jetzt war endlich der Moment auch für Lloyd George gekommen, seine Offensive gegen diesen Vertrag aufzunehmen. Jetzt war endlich die Bahn für ihn frei, seinem mühsam gestauten Groll und seiner ganzen bangen Sorge um die Wirkung dieses Schreckensdokuments freien Lauf zu lassen. Denn jetzt lag mit der Note vom 29. Mai das Schlußwort der Deutschen in programmatischer Form vor. Es lautete auf „Undurchführbar" und „Unannehmbar" und war durch überzeugende Begründung gestützt.

Er konnte jetzt die Zeit kaum mehr erwarten. Schon am 29. Mai, also am Tage des Erscheinens der deutschen Schlußnote, fand das erste Geplänkel im „Rat" statt. Er hatte zunächst seinen Hauptstoß auf die Rheinlandbesetzung gerichtet, vermutlich weil dieses Militärregiment dem englischen Denken und Fühlen am wenigsten lag, und weil jede, auch verkappte Beschlagnahme des Rheins durch die Franzosen die Engländer am ehesten aufscheuchte. Aber er holte sich eine glatte Abfuhr. Denn sofort zeigte Clemenceau die Zähne, als ihm die Erörterung darauf hinauszulaufen schien, die Entscheidung der Besetzung als solcher wieder-

aufzurollen. Lloyd George konnte sich also keinen Illusionen hingeben über den granitenen Widerstand, den er hier zu erwarten hatte.

Er versuchte es nun mit der Heranholung von Verstärkung. Denn zu seiner peinlichen Überraschung hatte er feststellen müssen, daß auch der Präsident Wilson nur wenig in dieser Angelegenheit zog. Er pirschte sich also zunächst an den Obersten House heran, mit dem er am nächsten Tag zusammen frühstückte. Ohne daß dabei viel herauskam. So griff er jetzt zu dem stärksten Schachzug, den er auf dem Brett des britischen Imperiums zur Verfügung hatte. Er berief, überstürzt, für den 1. Juni eine Sitzung des britischen Kabinetts in Paris ein, an der offenbar auch die Premierminister der Dominions teilnahmen. Das Ergebnis war, daß er eine Unterredung mit Wilson hatte und von ihm verlangte, Clemenceau aufzusuchen und diesen zu überreden. Aber der Präsident muß ihm einen Korb gegeben haben. So blieb ihm nichts anderes übrig, als nunmehr selbst den Degen zu ziehen und den Kampf in aller Form aufzunehmen.

Am nächsten Tag, am 2. Juni, begann dieser Sturmangriff von Lloyd George, der sich über zehn Tage hinziehen sollte unter dramatischer Steigerung und Zuspitzung der Gegensätze. Man hat das Gefühl, als ob Lloyd George jetzt um sein Leben kämpfte, wie ein rasender Löwe, der plötzlich merkt, daß er in Gefangenschaft geraten ist, und die Fesseln zu sprengen versucht. Aber man wird bei allem aufgewandten Heroismus das andere bittere Nebengefühl nicht los, als ob es richtiger, aufrichtiger und aussichtsreicher gewesen wäre, wenn der englische Premierminister seine sachliche Erkenntnis schon eher gehabt und durchgefochten hätte.

Wiederum nahm er das Regime der Rheinlandokkupation aufs Korn. Er begann mit einer breiten Einleitung. Diesmal war seine Erregung nicht gespielt, sondern bitter ernst. „Ich habe eine Pflicht zu erfüllen. Diese Pflicht wird mir schwer. Ich muß Sie, angesichts des fertigen Vertrags, mit der Position der britischen Delegation und meiner Regierung bekannt machen. Ich bin der einzige neben Balfour und neben Massey [dem Premierminister von Neu-Seeland] gewesen, der den Text vom 7. Mai verteidigte." Dann ging er zur Rheinlandokkupation über. Er bezeichnete sie als militärisch unnütz und politisch gefährlich. Sie würde zehn Jahre hindurch die Geschädigten in Frankreich und in Belgien daran hindern, etwas von Deutschland zu bekommen.

Man machte Lloyd George sofort darauf aufmerksam, warum er nicht schon früher diese Bedenken geltend gemacht habe. Er erwiderte darauf etwas verlegen: Er müßte einräumen, er hätte diesen Punkt früher anfechten sollen. Doch er hätte nicht ganz die Festigkeit der Gefühle seiner Kollegen in dieser Hinsicht erkannt. Mister Hughes (von Australien), den niemand irgendwelcher Sympathie für die Deutschen verdächtigen konnte, hätte gefragt, wie er jemals diesem Friedensvertrag hätte zustimmen können. Dann brachte Lloyd George noch weitere Beschwerden vor. Er kam auf den Widersinn der Reparationsregelung zu sprechen und meinte: „Wir fordern von Deutschland mehr, als es zahlen kann, und unsere Forderung ist obendrein unbestimmt, unbegrenzt, nicht beziffert." Auch die Polenfrage streifte er. Alle seine Kollegen hielten sie, so fuhr er fort, für unannehmbar. Schließlich beanstandete er noch die Nichtberücksichtigung Deutschlands im Völkerbund und bezeichnete die „Klauseln des Mißtrauens, die die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ordnen, als zu streng." An

Stelle dessen erhob er die Forderung: „Wir müssen es von 1920 an zulassen, besser eher als später." Zum Schlusse aber wurde seine Sprache deutlich und drohend. Noch einmal sprach er den Wunsch aus, man möge Deutschland irgend etwas versprechen und den Vertrag modifizieren. Sonst, so schloß er, hätten seine Kollegen ihm erklärt, daß sie ihn nicht zur Unterzeichnung autorisieren könnten.

Das war eine ebenso überraschende wie umwälzende Botschaft, nach allem, was vorgekommen war. Eine klaffende Bresche in der Front der Alliierten sprang auf.

Aber Clemenceau ließ sich dadurch nicht imponieren. Vielmehr, unerschrocken und gradlinig wie er immer war, bot er die Stirn. Er war gegen jedes Rütteln an dem beschlossenen Buchstaben. Vor allem widmete er sich der Angelegenheit Polen. Deutschland wünsche ein schwaches Polen zwischen sich und Rußland, die Alliierten aber hätten einen starken Staat zwischen beiden nötig. Noch vorsichtig endete er mit der Bemerkung, er hoffe, Lloyd George würde nicht die ganze Angelegenheit wieder aufrollen, die Situation wäre sonst sehr ernst. Aber Lloyd George quittierte darauf mit einer noch deutlicheren Geste in Form eines Ultimatums. Falls Monsieur Clemenceau mit seinem Kabinett zu dem Entschluß käme, daß sie der britischen Regierung in diesem Punkte nicht entgegenkommen könnten, hätte er keine andere Wahl, als nach Hause zu reisen und die ganze Sache seinem Parlament zu unterbreiten. Die Antwort Clemenceaus hierauf ließ ebensowenig an Offenheit und Entschlossenheit zu wünschen übrig. „Ich will überhaupt nichts mehr diskutieren. Wenn Sie Ihren Standpunkt aufrechterhalten, dann werde ich dem Präsidenten der Republik meine Demission einreichen!"

So endete der erste Waffengang in diesem letzten Ringen um den Vertrag. Kaum drei Tage waren seit der deutschen

Generalkritik vergangen, und schon wieder schien der mühsam geschlungene Knoten der Eintracht in voller Auflösung, alle bisher aufgewandte Mühe nutzlos vertan. Der englische Premierminister und der französische Ministerpräsident standen wie unerbittliche Feinde unversöhnlich einander gegenüber. Der eine machte die Änderung des Vertrags, der andere seine Unversehrtheit zur Kabinettsfrage.

Jetzt wurde es sogar dem Präsidenten Wilson unheimlich. Er tat einen Schritt, den er bisher nur einmal unternommen hatte, als die Konferenz eben erst zusammengetreten war. Er berief eine außerordentliche Sitzung der amerikanischen Delegation ein, zu der außer den Kommissaren auch die meisten Experten geladen waren, etwa vierzig Herren. Es war die größte Konferenz, die der Präsident in Paris abhielt, mit der freiesten Diskussion. Wir besitzen zufällig das genaue Protokoll. Auch in diesem Falle der amerikanischen Konferenz fragt man sich unwillkürlich, genau wie bei Lloyd George, warum der Präsident von diesem so natürlichen und demokratischen Mittel nicht schon längst Gebrauch gemacht hatte. Das Protokoll dieser Sitzung der Amerikaner vom 3. Juni gehört zu dem lehrreichsten über Denkweise und Charakter des Präsidenten wie überhaupt über die Strömungen innerhalb der amerikanischen Delegation, was wir besitzen.

Der Präsident stellte die vier Punkte zur Diskussion, die den größten Eindruck auf die britischen Kollegen gemacht hätten: die deutsch-polnische Grenze, die Reparationen, die Rheinlandokkupation und die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

Zunächst wurde die Reparationsfrage erörtert. Es zeigte sich, daß die Sachverständigen hier einen wesentlich objektiveren Standpunkt einnahmen als der Präsident selbst. Davis trat für die Festsetzung einer Endsumme ein, ebenso

sein Kollege Baruch. Es wurde über die Summe hin- und hergeredet, bis der Präsident mit einem Male, gleichsam dieser präzisen Dialoge überdrüssig, dieses Thema abbrach mit den hochtrabenden Worten: „Was mich an diesem Gegenstand interessiert, ist sein Weltaspekt!" Aber die Debatte kehrte trotzdem noch einmal zur konkreten Materie der Ziffern zurück, wobei auch die Frage der Einbeziehung der Pensionen aufgerollt wurde. Auch dieses Mal wieder sprang der Präsident von dieser streng sachlichen Auseinandersetzung ab, jetzt allerdings mit einigen witzigen Bonmots. Dieses erste Kapitel der gemeinsamen Untersuchung verlief also völlig im Sande. Der Präsident machte noch nicht einmal den Versuch, das ohnedies magere Ergebnis wenigstens in ein paar Sätzen zusammenzufassen. Während Davis noch mitten im Thema war, huschte er unvermittelt zur Frage der deutschen Ostgrenze über.

Dabei wurde es noch konfuser. Denn jetzt war auch die Sachverständigenkörperschaft, die aus der einzigen Person von Professor Lord bestand, auf der Seite des Präsidenten. Es kam sogar zu der grotesken Gruppierung, daß der Wirtschaftssachverständige Lamont dem Polenspezialisten Lord zur Richtigstellung ins Wort fiel, weil dessen Auskünfte sich allzu weit vom Boden der Tatsachen entfernten. Dieser „Sachverständige" für Polen war auch in diesem Falle ein ausgesprochener Parteianwalt der polnischen Wünsche. Auf eine Frage des Obersten House über das voraussichtliche Ergebnis der von den Deutschen in Oberschlesien geforderten Abstimmung erklärte er, daß diese für Polen günstig ausgehen würde. Lord wagte sich sogar so weit vor, daß er für Oberschlesien eine polnische Majorität im Verhältnis von 2 zu 1 voraussagte. Hier hat die spätere Geschichte diese leichtfertige Prognose glatt widerlegt. Denn es sind im Jahre 1921 für Deutschland trotz der widrigen Umstände

60 v. H. Stimmen, für Polen dagegen nur 40 v. H. Stimmen abgegeben worden. Ja, er verstieg sich so weit in seinem Polenfanatismus, daß er dieses Gebiet, entgegen den Darlegungen der britischen Sachverständigen, als ein so unbestreitbar polnisches Gebiet bezeichnete, wie das nur in irgendeinem Teile Osteuropas der Fall sein könne! Dann kam die Rede auf den Mineralreichtum Oberschlesiens, den Lord auch für Polen reklamierte, da er ungefähr drei Viertel der Kohlenausbeute der Gebiete polnischer Nationalität enthielte, worauf der Wirtschaftsexperte Lamont den naheliegenden Einwand machte: „Ich vermag es nicht einzusehen, warum das ein Verlust für Polen sein könnte, da Polen es niemals besessen hat." Jetzt griff der Präsident selbst ein mit der Entgegnung: „Aber theoretisch ist es polnisch." So absurd und schief ausgedrückt dieser Einwand des Präsidenten war, so bezeichnend war er für seine tief eingefleischte Parteinahme zugunsten der Polen. Denn das war ja, wenn es im Sinne der ethnologischen Ansprüche gemeint war, gerade die Frage, um die sich die Erörterung drehte und die einer Klärung bedurfte! Dann reihte sich die Frage der historischen Zugehörigkeit Polens an. Hier hatte Professor Lord wieder Gelegenheit, seine mangelhaften historischen Kenntnisse leuchten zu lassen. Er resümierte dahin, daß Oberschlesien „von Anfang an polnisch, mehrere Jahrhunderte hindurch polnisch" gewesen sei, – ohne zu merken, daß eine Behauptung die andere ausschloß! Er gab dann einen knappen historischen Abriß, nach dem Polen 1500 für einige Zeit an Böhmen übergegangen sei, 1600 an Österreich, 1700 an die Deutschen und infolgedessen etwa 200 Jahre den Deutschen gehört habe. Auch diese weitere historische Erläuterung stand in schroffem Gegensatz zu seiner generellen Behauptung am Anfang. Sie war obendrein so summarisch und wirr bis zur Ent-

stellung, daß auch dieses Mal der Wirtschaftsexperte Lamont eingriff mit der Feststellung, daß Oberschlesien 400 Jahre lang nicht zu Polen gehört habe. Die Wirtschaftssachverständigen brachten jetzt noch die Sprache auf den ungewöhnlichen Vorgang, daß Polen auf Grund des Vertrags das Recht habe, nach dem Krieg den ganzen deutschen Industriebesitz, einschließlich des Privatbesitzes, zu übernehmen, obwohl die Deutschen es doch gewesen wären, die ihn hochgebracht hätten. Hier zeigte sich plötzlich die ganze Unorientiertheit des Präsidenten über die realen Dinge und die Substanz des Vertrags. Er warf ein: Sie (die Polen) müssen dafür bezahlen." Worauf der Wirtschaftsexperte Davis ihm sofort entgegenhielt: „Das ist schon richtig, aber Deutschland hat dafür zu zahlen." Darauf quittierte der Präsident mit der erstaunten Frage: „Wie meinen Sie das?" Worauf ihm der Experte Summers die Antwort gab: „Deutschland stimmt zu, seine Staatsangehörigen zu entschädigen." Auch darauf mußte der Präsident noch eine ergänzende Frage zu seiner Orientierung stellen: „Sie meinen, der Besitz kann enteignet werden?" Worauf ihm Davis nähere Auskunft gab. Zwei andere Wirtschaftler wiesen ihn dann auf den Widersinn hin, daß im Gegensatz zu der polnischen Regelung der Frage des Privateigentums an anderer Stelle des Vertrags, im Falle Elsaß-Lothringen, eine andere Behandlung des feindlichen Eigentums bestimmt sei. Der Wirtschaftsberater Taußig nannte in diesem Zusammenhang die Regelung im Falle Polens „eine der schlimmsten Bestimmungen des Vertrages". Aber der Präsident hatte auf diesen ernsten Hinweis seiner Berater nur die eine armselige Antwort: „Das war meiner Aufmerksamkeit entgangen." In diesem Stil schleppte sich die Erörterung über das Thema Polen und Oberschlesien weiter, ohne klare Disposition und ohne sichtbares Ende,

und ohne daß auch diesmal der Präsident irgendein Ziel setzte.

Als dritter Punkt stand noch die Erörterung der Rheinlandokkupation aus. Dieses Mal schoß Oberst House den Vogel ab. Denn er selbst brachte die Sprache auf die „Republik", die sie dort gebildet hätten, und fragte, wie ernst es damit stünde. Worauf der Präsident erwiderte: „Ich weiß nicht, wie ernst es damit steht." Da griff House mit den Worten ein: „Sehen Sie, wenn man das in Gang brächte, würde diese Frage gelöst sein, denn das ist es, was sie (die Franzosen) verlangen."

Diesmal aber war der Präsident korrekt und loyal, denn er erwiderte darauf: „Ich glaube ganz und gar nicht, daß die Bewegung echt ist, ich meine spontan. Unter den gegenwärtigen Umständen würde ich dagegen sehr argwöhnisch sein." Auf die klare Zurechtweisung schwenkte auch House sofort ein: „Ja, ich halte es für einen Betrug." Eine Feststellung, die der Präsident noch bekräftigte.

Zum Schluß blieb noch die Angelegenheit der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund übrig, von Staatssekretär Lansing angeschnitten durch die Frage, ob es möglich sei, die Zeit hierfür zu bestimmen. Der Präsident schnitt diese Erörterung sofort ab mit der diktatorischen Erklärung: „Offen gestanden halte ich das nicht für möglich. Ich glaube, es ist für uns notwendig, daß der Wechsel in der Regierung und den Regierungsmethoden in Deutschland ehrlich und dauerhaft ist. Beides wissen wir jedoch nicht." Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Erzberger-Interview, mit dem Clemenceau in der Ratssitzung des vorhergehenden Tages stark operiert hatte, von dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin Dresel als Fälschung aufgedeckt. Es trug sowieso schon den Stempel der Unglaubwürdigkeit an der Stirn, denn Erzberger sollte darin gefordert haben,

daß Polen so stark wie möglich sein müsse, da es Deutschland von Rußland trenne. Aber dieses gefälschte Interview, das vermutlich aus polnischer Feder stammte, hatte seine Schuldigkeit insofern getan, als Clemenceau darauf herumreiten konnte zur Bekräftigung der französisch-polnischen Ansprüche!

Damit schien diese Generalkonferenz der Amerikaner beendet, denn die Tagesordnung war erschöpft. Aber die begreifliche Frage des Mister Lamont, ob sie noch weiteres hören würden oder die alliierten Abteilungen aufsuchen sollten, gab noch Anlaß zu einer nachträglichen interessanten grundsätzlichen Erörterung, die endlich auch die innere Einstellung des Präsidenten zum Vorschein brachte. Denn darüber hatte er sich bisher konsequent ausgeschwiegen.

Zunächst stellte Herbert Hoover die Frage an Dresel, den Geschäftsträger in Berlin, in welchen Punkten die Deutschen am meisten auf Abänderung drängten. Dresel meinte, in der Frage des Saargebiets. Dabei wies Mister Taußig auf die deutsche Beschwerde darüber hin, daß hinsichtlich der Ausführung des Vertrags überhaupt keine Beratung mit den Deutschen stattfinden solle, daß dies aber im Falle des verbleibenden Schiffsraums und des Kieler Kanals nicht zweckmäßig sei - einen Punkt, den der Präsident mit der souveränen Bemerkung erledigte: „Derartige Dinge werden sich, wie ich glaube, bei der Durchführung von selbst regulieren." In diesem Augenblick erinnerte sich der Präsident endlich einer Anregung seines Staatssekretärs Lansing, jede der Abteilungen ein Memorandum ausarbeiten zu lassen, welche Zugeständnisse gemacht werden könnten, und nahm auch sofort dazu Stellung. Er bekannte, er zögere, auf diese Frage mit „Ja" zu antworten. Die Frage, die ihm am Herzen läge, laute: „Wo haben sie [die Deutschen] mit ihren Behauptungen recht?" „Wo haben sie gezeigt, daß die

Vereinbarungen des Friedensvertrags in wesentlicher Hinsicht ungerecht sind?", nicht, „Wo haben sie gezeigt, daß sie nur hart sind?" Denn sie seien hart, aber die Deutschen verdienten das. Und er glaube, es sei nützlich, daß eine Nation ein für allemal lerne, was ein ungerechter Krieg an sich bedeute!

Über diese grundsätzliche Haltung des Präsidenten in dieser kritischen Stunde, da die Festung des Vertrags von den Deutschen mit allen Mitteln der Jurisprudenz, der Ethik und der Dialektik berannt wurde, ließ sich reden. Sie war zwar durchaus verschieden von der opportunistischen Haltung Lloyd Georges, der nur an die Folgen der Alternative: Ablehnung oder Unterzeichnung durch die Deutschen dachte. Diese Haltung des Präsidenten war sogar ehrlicher und konsequenter als die von Lloyd George, wenn man sich an die Entstehung des Vertrags selbst hielt, auch wenn sie starrer und hölzerner war als die biegsame Strategie von Lloyd George. Es war sogar ein Körnchen Berechtigung darin, wenn der Präsident, etwas spöttisch und selbstgefällig, sich über die Leute aufhielt, die jetzt kämen und sagten, daß sie Furcht hätten, die Deutschen würden nicht unterzeichnen. Das mache ihn „ganz elend". Der Präsident wich darin auch von einem der bedeutendsten Köpfe in der eigenen Delegation, von Herbert Hoover ab, der ähnlich wie Lloyd George die Erlangung der Unterschrift für wichtiger als die Frage der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit bezeichnete. Nur gab es dann, wenn man sich auf den Standpunkt des Präsidenten stellte, keine relativen oder nur gradweisen Ungerechtigkeiten mehr, sondern allein die Wahl zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Dann aber war es einfach unbegreiflich, daß der Präsident, von Hoover auf die Saarfrage festgenagelt, sich damit herausredete: „Ich sehe in den Bedingungen über das Saar-

becken keine wesentliche (!) Ungerechtigkeit." Das sagte überdies derselbe Mann, der beim ersten Auftauchen der Saarfrage mit Recht den Franzosen entgegenhielt, daß er noch nie etwas von diesem französischen Anspruch vernommen hätte, denn in seinen „Vierzehn Punkten" war auch nicht im entferntesten an ein ähnliches Projekt wie das Saarregime gedacht gewesen.

Aber wenn er sich auf dieses hohe Piedestal des Richters nach Recht und Gerechtigkeit stellte, dann ist es schier unbegreiflich, daß er so tun konnte, als hätte ihm bisher niemand gezeigt, wo positive Dissonanzen und Widersprüche zwischen den Bestimmungen des Vertrags und seinen eigenen vorher aufgestellten Prinzipien steckten. Man kann nur annehmen, daß er den Brief von Smuts übersehen, seine eigenen Wirtschaftsexperten überhört und die deutschen Noten überhaupt nicht gelesen hat. Denn alle diese Noten waren methodisch und planmäßig darauf aufgebaut, von der Basis der Lansingnote und der Wilsonpunkte aus die Bestimmungen des fertigen Vertrags herauszuschälen, die nachweisbar nicht in Einklang mit den eingegangenen Verpflichtungen der Alliierten standen. Insbesondere die deutsche Generalnote vom 28. Mai mit ihren Gegenvorschlägen war von A bis Z auf diesem Leitgedanken aufgebaut. Hätte der Präsident nur einen flüchtigen Blick wenigstens in diese Schlußnote getan, dann hätte er unmöglich in dieser eigenen Generalkonferenz vom 3. Juni sich so bequem und selbstsicher auf diesen – grundsätzlich – unantastbaren Rechtsstandpunkt zurückziehen können. Er lenkte ja selbst den Verlauf dieser freien Aussprache nicht einmal in dieser Richtung. Über alle möglichen Rückwirkungen der behandelten Gegenstände wurden Betrachtungen angestellt, nur nicht über die Kardinalfrage nach der

Vereinbarkeit der Vertragsentscheidung mit der Norm der „Wilson-Punkte".

Es scheint vielmehr, als ob der Präsident jetzt, nach erfolgter Entscheidung, vollends orthodox und starrköpfig geworden sei. Wahrscheinlich hat auch die Rücksicht auf die Gefahr einer drohenden Spaltung im Lager der Alliierten die Hand bei dieser unbegreiflichen Starrheit des Präsidenten im Spiel gehabt. Er sprach selbst gegen Ende der Konferenz davon, daß wohl das Schlimmste, was sich ereignen könne, eine tiefgehende Spaltung zwischen den Alliierten und den Assoziierten Mächten wäre. Aber die Wurzel liegt wohl noch tiefer, in seiner eigenen Natur. Wie alle einseitigen Sittenrichter, die das Leben nur aus dem engen Winkel der Moral betrachten, biß er sich, wenn er sich einmal zu einer Entscheidung durchgerungen hatte, mit allen Fasern in diese fest. Dann gab es keinen Blick mehr nach rechts oder links, sondern nur ein stures Geradeaus. Denn jeder Seitenblick hätte vielleicht doch an der getroffenen Entscheidung irremachen können. Das Eingeständnis eines Irrtums aber hätte Zweifel an der eigenen Unfehlbarkeit bedeutet. Das aber hätte ihm das moralische Rückgrat gebrochen. Am schlimmsten aber wurde es für einen Mann seines Schlages, wenn wirklich für ihn das Gefühl bestand, er hätte sich doch eine Blöße gegeben. Dann wurde er höchstens noch bockbeiniger und selbstgerechter, dann griff er zum Pharisäismus.

In dieser Lage war jetzt der Präsident, so wie er als Mensch geartet war. Er mußte sich mit aller Macht gegen den Vorwurf einer begangenen Ungerechtigkeit panzern. Sonst hätte er selbst den Boden unter den Füßen verloren, auf dem er, als einer auf den Höhen der Menschheit, stand. War es da nicht das Beste, seine Augen auch vor der konkreten Beweisführung der Gegner zu verschließen? So

scheint es der Präsident geübt zu haben. Er wappnete sich mit Blindheit.

So „gerüstet" und mit den Ratschlägen seiner Ratgeber versehen, ging der Präsident in den Waffengang, der ihm jetzt bevorstand. Mit einem frommen: „Nun, der Herr sei mit uns!" hatte er die Konferenz geschlossen.

Am Nachmittag des 3. Juni begann der am Tage vorher abgebrochene Kampf von neuem, ungemildert und ungedämpft, in der gleichen Hitze der Leidenschaft. Wiederum stieß Lloyd George auf der ganzen Linie vor. Noch einmal brachte er fast die gleichen Punkte und Argumente vor wie am Tage vorher. Zunächst ging er der entehrenden deutschen Entwaffnung zu Leibe. Deutschland brauche in einer so aufgewühlten Periode wie der jetzigen 300 000 Mann! Dabei vergaß er nur, daß er selbst seinerzeit nach Kräften mitgeholfen hatte, diese Ziffer soweit wie möglich nach unten zu drücken! Nochmals ritt er eine scharfe Attacke gegen die Abtretung Oberschlesiens, indem er sich hauptsächlich an den Präsidenten Wilson wandte. Wilson, so apostrophierte er ihn, habe das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet und könne unmöglich die Anwendung auf Oberschlesien verweigern. Wenn man den Vertrag so ließe, wie er sei, dann laufe man Gefahr, die deutsche Regierung zu stürzen und niemand zur Unterzeichnung sich gegenüber zu sehen. Er wünsche, die Notwendigkeit einer Besetzung Berlins zu vermeiden. Auch dabei war ihm entfallen, daß er am 9. Mai, bei der Erörterung dieses Themas im „Rat", diese Angelegenheit etwas anders gesehen und den Einmarsch in Berlin als ein „sichtbares Zeichen der Zerschmetterung der Junker" sympathisch begrüßt hatte! Der Text des 7. Mai sei überhaupt nur das Projekt eines Vertrags, kein Ultimatum. Beschwörend und händeringend kam er immer wieder auf seine Schlußforderung zurück:

„Sie müssen unterzeichnen! Und, mit Konzessionen werden sie unterzeichnen!"

Wilson hielt sich in dieser unbehaglichen Lage zwischen den kämpfenden Fronten ziemlich zurück. Er stand stur und steif auf seinem schmalen Fels der Selbstgerechtigkeit. Er wünsche nichts an den Entwaffnungsklauseln zu ändern. Wohl sei er bereit zu Bestimmungsänderungen, die man ihm als ungerecht nachweise, aber nicht dazu, den Wünschen der Deutschen die Beschlüsse zu opfern. Auch Lansing, der ihm zur Einsetzung einer Kommission zum Studium von Konzessionen geraten hätte, habe er geantwortet: „Nein". Nur in der Frage der oberschlesischen Volksabstimmung wurde er unsicher und wich allmählich zurück.

Clemenceau aber stand wie der Erzengel Gabriel mit dem flammenden Schwert vor dem Paradies seines Vertrags und verteidigte jeden Fußbreit seines heiligen Bodens. Besonders energisch mußte er für die stark bedrohte Abtretung Oberschlesiens fechten. Er berief sich darauf, es sei überwiegend polnisch. Vor allem aber versuchte er vor der Volksabstimmung damit gruselig zu machen, daß sie unter deutschem Regime mit einem freien Votum unvereinbar sei. Auch die Reparationen vertrat er mit aller Schärfe. Sie alle hätten sich Monate hindurch aus ernsten Gründen wohlweislich vor einem Rechtsbruch gehütet. Und die Reparationen deckten sowieso nicht die Totalität der französischen Schäden.

Alle drei hatten jetzt ihren Standpunkt verfochten. Ehern standen sich die Überzeugungen gegenüber. Nur an einem Punkt der Front hatte es doch etwas abgebröckelt, am Abschnitt Oberschlesien. Hier hatte Lloyd George durch sein Ungestüm doch einen gewissen Einbruch erzielt. So konzentrierte sich die Endphase dieser leidenschaftlich bewegten Nachmittagssitzung auf diesen Spezialpunkt.

Wieder ist es ungemein lehrreich, dieses intime Dreigespräch des Triumvirats auf dem Thron der Welt über diesen konkreten Stoff zu belauschen. Wilson zögerte noch. Er wollte vor allem die Wahlfreiheit bei der Abstimmung sichern und dafür zuerst die deutschen Beamten vertreiben. Clemenceau machte dabei darauf aufmerksam, daß man nicht vergessen solle, daß in Deutschland die Zentralgewalt die Bürgermeister ernenne. Das war entweder ein Irrtum oder eine bewußte Lüge. Denn darin besteht nicht der geringste Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland, insofern als in Frankreich (mit Ausnahme von Paris!) und Deutschland auf Grund der „Selbstverwaltung" die Bürgermeister durch die Gemeinden selbst gewählt werden. So kam es auch weiterhin in dieser Unterhaltung auf eine Ungenauigkeit oder Unrichtigkeit mehr oder weniger nicht an. Wilson meinte an einer Stelle: „Es gibt in Deutschland keine Bewegung der öffentlichen Meinung zugunsten von Oberschlesien, das ist eine Angelegenheit des Kapitalismus." Lloyd George hatte es leicht, ihn daraufhin so abzuführen: „Trotzdem ist die deutsche Regierung in der Mehrheit sozialistisch, und sie ist es, die protestiert!" Darauf wußte Wilson nichts anderes vorzubringen als: „Ja, aber auf Rechnung der Kapitalisten." Eine Anregung Lloyd Georges, die Deutschen einmal anzuhören, die er auch im Namen seiner Kollegen vorbrachte, stieß auf taube Ohren. Immer noch sträubte sich der Präsident Wilson gegen die Einräumung der Volksabstimmung. Alle möglichen Vorwände zog er an den Haaren herbei. Lloyd George blieb nichts anderes übrig, als immer wieder seiner Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß das Plebiszit für Polen günstig ausgehen und damit die Unterzeichnung des Vertrags erleichtern würde. Ob er in der Tiefe seines Herzens wirklich davon überzeugt war? Aber gegen so verbissene

oder verschlagene Gegner blieb ihm keine andere Wahl, als mit den Wölfen zu heulen. Schließlich aber brachte er seine beiden Kollegen doch dahin, daß sie die Experten mit der Vorlage eines Vorschlags über eine Volksabstimmung in Oberschlesien beauftragten. Aber auch erst, nachdem er sein schwerstes Geschütz aufgefahren und schließlich damit gedroht hatte, er müsse sonst seinem Kabinett und dem Volk den Fall vorlegen, mit dem Nachweis, daß der Bruch nicht seine Schuld sei! Fast scheint es, als ob Wilson noch mehr gezögert und sich noch mehr gesträubt hat als Clemenceau!

Auch jetzt getraute man sich nicht, ganz ohne die Polen diese Entscheidung zu treffen. Paderewski, der polnische Ministerpräsident, wurde zitiert, und nach zwei Tagen fand ein gemeinsames Kolloquium mit ihm statt. Diese Beratung strotzt geradezu von Entstellungen und faustdicken Lügen, die Paderewski sich leistete. Kein Wunder, denn der Präsident begann sofort damit, daß er besänftigend einflocht, sie wüßten, daß die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit polnisch sei! Auf die Frage von Lloyd George nach der Stärke der Bevölkerung in Oberschlesien antwortete Paderewski, daß es in dem Grubenbezirk 900 000 Polen und 400 000 Deutsche gäbe, in dem Agrarbezirk 600 000 Einwohner. Insgesamt sei das Land unbestreitbar polnisch. Man vergleiche damit die Zahlen der späteren Volksabstimmung, und man erkennt, was man von dieser „Feststellung" Paderewskis zu halten hat. Das Volksabstimmungsergebnis im Jahre 1921 hat 707 554 Stimmen für Deutschland und 478 820 für Polen ergeben. Aber der Präsident gab ihm gar nichts nach in seinem „Wahrheitsdrang", denn er ergänzte sofort: „Die Deutschen selbst erkennen an, daß die Bevölkerung polnisch ist." Lloyd George brachte dann, mit Fug und Recht, das Gespräch

auf die Tatsache, daß sie immer nur von Oberschlesien und nicht von Schlesien insgesamt sprächen, denn das ganze Schlesien sei überwiegend deutsch. Darauf brachte Paderewski es fertig, folgendes zu entgegnen: „Ja, aber es gibt viele Leute in Breslau, die polnisch sprachen, als ich dort war." Das war genau so, als wenn ein Engländer behauptet hätte, Paris sei amerikanisch, weil er dort einmal einige Leute amerikanisch habe sprechen hören. Sogar noch viel grotesker, als wenn jemand behauptet hätte, Boston sei italienisch, weil dort einige Zehntausend italienisch sprechen!

Aber Lloyd George gelang es nach beharrlichem Drängen schließlich doch, die Front zum Weichen zu bringen. Man mußte ihm nachgeben und die Volksabstimmung konzedieren. In diesem Augenblick wurde auch Paderewski etwas vorsichtiger mit seinen Prophezeiungen. Denn auf die Schlußfrage Clemenceaus, ob das Plebiszit für Polen günstig ausgehen werde, gab er eine günstige Auskunft nur für die östliche Zone, nicht aber für die westliche, die er zu Beginn der Verhandlung auch als polnisch gesinnt in Anspruch genommen hatte. Es folgten während der nächsten Tage noch einige weitere Spezialberatungen, in denen auch der General Le Rond als „Sachverständiger" für Oberschlesien auftrat und behauptete, von acht Reichstagswahlkreisen seien dort fünf durch Polen vertreten, während es tatsächlich fünf von zwölf (!) waren! Nach diesen langwierigen Verhandlungen wurden schließlich am 14. Juni unter Zuziehung von Paderewski und Dmowski die Volksabstimmung und die Modalitäten ihrer Durchführung beschlossen.

Das war immerhin ein gewichtiger Erfolg, den Lloyd George in dieser Offensive zur Erschütterung des Vertrags davongetragen hatte. Aber er brachte die Schlacht noch keineswegs zum Stehen, denn Lloyd George hatte

sich noch mehr vorgenommen. Hin und her wogte der Kampf. Jeden Tag flammte das Feuer wieder auf. Den einen Tag um des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund willen, den andern Tag um der Reparationen willen. Auch die Mitteilung Lloyd Georges in der Sitzung vom 9. Juni, daß einer seiner Experten, der Professor Keynes, seine Demission gegeben habe, weil die Bedingungen zu streng seien, verpuffte ohne jeden Eindruck.

Am 10. Juni erreichte dieser Titanenkampf seinen Höhepunkt. Nochmals stellte Lloyd George die kategorische Forderung: „Es muß Frieden geschlossen werden." Dieses Mal geriet er sogar mit dem Präsidenten Wilson in aller Form aneinander. Es war eine hitzige Szene, in der Clemenceau den Vermittler spielen mußte. Anlaß war die Reparationsfrage mit den sonstigen Wirtschaftsbestimmungen des Vertrags. Der Präsident war zu gewissen Abschwächungen bereit, als die Diskussion plötzlich auf die Verteilung der deutschen Handelstonnage übersprang, wobei Wilson einige Ansprüche äußerte. Hier hatte er Lloyd George an der empfindlichsten Stelle getroffen. Laut brüllte dieser in den Saal: „Sie haben überhaupt kein Recht auf Reparationen. Denn Sie haben keine Verluste gehabt, und was die Menschenleben angeht, hat Australien mehr verloren als Sie." Darauf erwiderte Wilson eiskalt nur: „Wenn die Diskussion in diesem Ton weitergeht, vermag ich nicht weiter an ihr teilzunehmen." An diesem Tag aber machte Clemenceau endgültig Front gegen alle Umsturzversuche von Lloyd George, in einer ebenso fanatischen wie hinreißenden Rede. Jetzt zog er alle Register der Orgel des französischen patriotischen Pathos. „In der Tat, man muß wählen, und die Feilscherei wird nur zur Kapitulation führen. Ich bin nicht der Mann der Politik, der vorgibt, sich den Frieden verzeihen zu lassen. Ich kenne

zu lange die Deutschen, um mich mit ihnen auf ein solches Spiel einzulassen. Und was dann? Weil die Deutschen Einwände machen - glaubten Sie denn, daß sie keine machen würden? - wollen Sie unsere Entscheidungen und Prinzipien umstoßen? Ich erkläre, daß ich das nicht mitmachen werde. Noch einige Tage, und sie (die Deutschen) werden uns die Friedensbedingungen diktieren. Nein, Nein und nochmals Nein! Es darf weder Franzosen nach Amerikaner noch Engländer geben. Wir müssen einen gemeinsamen Geist des Friedens haben, wie wir einen gemeinsamen Geist des Krieges gehabt haben."

Dieses dreimalige, mit vulkanischer Dämonie herausgeschleuderte „Nein" war das Signal, daß die Grenze der Nachgiebigkeit erreicht war. Einen Schritt weiter - und der Ring der Entente brach klirrend auseinander. Dieser grausigen Alternative gegenüber gab es für Lloyd George nur eine Wahl: den Rückzug -, da die Sprengung der Entente auch für ihn nicht in Frage kam. Warum auch hatte er den schweren taktischen Fehler begangen, noch den Präsidenten zu reizen und gegen sich aufzubringen? So stand er, einer gegen zwei. Damit hatte er sein Spiel verloren.

Auch als am 12. und 13. Juni noch einmal der Kampf um die Rheinlandokkupation zu einem heißen Ringen emporflammte, holte er sich eine kategorische Ablehnung. Es half ihm auch nichts, daß er zu dieser Sitzung seine beiden Kollegen Bonar Law von den Konservativen und Barns von der Arbeiterpartei als Verstärkung mitgebracht hatte. Mit aller Gewalt versuchte er den Zeitraum der Besetzung herunterzudrücken auf drei oder wenigstens auf fünf Jahre. Aber Clemenceau stand jetzt wie ein Fels im Meer. Denn hier ging es für ihn wirklich um die heiligsten Güter seiner Nation. „Das ist angenommen, wir ändern

nichts daran. Ich habe keine Angst gestürzt zu werden. Aber ich will nicht!"

Hier stieß Lloyd George also auf eine Mauer aus Granit. Da gab es nur Biegen oder Brechen. Er entschied sich auch jetzt für das Biegen.

Mit diesem Tag des 13. Juni waren die Kräfte anscheinend erschöpft. Auch der Kalender setzte diesem Ringen in den eigenen Reihen nunmehr ein Ende. Denn jetzt mußte den Deutschen endlich die endgültige Antwort auf ihre Gegenvorschläge zuteil werden. Es geschah in der berühmten und berüchtigten Mantelnote vom 16. Juni und in ihrer Begleitdenkschrift. Das war die Schlußentscheidung, das letzte Wort der Alliierten.

Diese beiden Dokumente waren von einer unerbittlichen Härte, fast provozierend in ihrem hochfahrenden und höhnischen Ton. Wie von der Kanzel herab wurde das „sündige" deutsche Volk und seine Regierung mit dem Bannfluch belegt. Selbst in die Partien der sachlichen Entgegnung auf die deutschen Kritiken hatten sich moralische Seitenhiebe eingeschlichen. Namentlich die Mantelnote strotzte von selbstgefälliger Überheblichkeit. Moralisch atmet sie den Geist der Selbstgerechtigkeit, die nur auf den Splitter im Auge des Nächsten starrt, aber nicht des Balkens im eigenen Auge gewahr wird. Politisch ist sie ein reines Tendenzfabrikat. Literarisch ein Pamphlet gröbster Art. Sie brachte in ihrer Einleitung ein großes Verdikt über Deutschlands Verantwortlichkeit im Krieg. Es hieß darin, das Verhalten Deutschlands in der Geschichte der Menschheit sei fast beispiellos. Deutschland sei nicht nur verantwortlich, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben, sondern in gleicher Weise verantwortlich für die rohe und unmenschliche Art, auf die er geführt worden sei. Diese These wurde in allen möglichen Variationen abgewandelt.

Es war, als wenn die „Großen Vier" sich in der Rolle des ewigen Richters beim Jüngsten Gericht fühlten, der die Schafe von den Böcken scheidet. Sie begnügten sich eben nicht mit der säkularen, fast über Menschenkraft gehenden Aufgabe, eine neue politische Ordnung aufzurichten, sondern sie scheuten sich nicht, sich sogar die Befugnisse des Weltenrichters anzumaßen. Das war nicht mehr menschliche Unzulänglichkeit, das war nicht mehr pure Oberflächlichkeit, das war nicht mehr Wagemut von politischen Pfadfindern, das war Übermut, das war die Hybris!

Dann folgte in der Mantelnote eine knappe sachliche Replik auf die deutschen Gegenvorschläge, die in der beigefügten Denkschrift näher erläutert und ergänzt wurde. Im ganzen blieb es bei der Entscheidung vom 7. Mai, also bei dem überreichten Vertrag. Nur in einigen Punkten, die – bis auf die Gewährung der Volksabstimmung in Oberschlesien – ganz an der Peripherie lagen, wurde Nachgiebigkeit gezeigt. Der erste dieser Punkte lag ohnedies im eigenen Interesse der Alliierten. Sie machten damit nur eine Ungeheuerlichkeit wieder gut, die ihnen bei den Bestimmungen über das Saargebiet unterlaufen war. Es war die barbarische Bestimmung, daß die Saargebietbevölkerung bei einer erfolgreichen Abstimmung nur dann in das deutsche Reichsgebiet zurückkehren solle, wenn die Deutschen in der Lage seien, den Preis für die Saargruben in Gold zu erlegen. Diese fatale Klausel wurde dahin korrigiert, daß es in die Hände der Reparationskommission gelegt wurde, im Falle eines Verzugs Deutschlands mit seiner Zahlung die Angelegenheit zu ordnen. Dann wurde noch die deutsche Ostgrenze in Posen-Westpreußen so verbessert, daß Schneidemühl und die Dirschauer Bahnlinie bis Schlochau in deutscher Hand verblieben. Schließlich wurde auch auf Wunsch der dänischen Regierung die Abstimmung

in der sogenannten dritten (südlichen) Zone rückgängig gemacht. Auch dieses Entgegenkommen war also nicht aus freien Stücken gewährt, sondern auf Druck einer neutralen Regierung! Auch hatte man sich auf eine Begrenzung der Deutschland zur Last fallenden Besatzungskosten auf den Betrag von 240 Millionen im Jahre geeinigt. Das war eine heilsame Entschließung, denn der Marschall Foch hatte mit einer Kopfziffer von 600 000 in den Beratungen über dieses Besatzungsheer um sich geworfen. Aber auch sie lag rein im eigenen Interesse der Alliierten, da von der Ersparnis Deutschland kein Pfennig zugute kam, sondern alles nur ihnen selbst über das Reparationskonto.

Sogar das fast die Grenze des Vertretbaren streifende Angebot der Deutschen in ihren Gegenvorschlägen, eine Reparationssumme von 100 Milliarden Gold zu leisten – unter der Voraussetzung, daß die von den Deutschen vorgeschlagenen territorialen Grenzen innegehalten würden und Deutschland wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhielte –, wurde ohne weiteres ausgeschlagen. Deutschland hätte „Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit" zu leisten, das war die einzige Antwort darauf. Diese frivole Ablehnung war überhaupt das Tollste an dieser Schlußentscheidung der Alliierten. Denn immer noch blieb es bei dem deutschen Blankowechsel. Immer noch war keine Endsumme genannt! Deutlicher konnte man seine wahre Gesinnung und Absicht nicht zur Schau stellen, diese wirtschaftliche Blankohypothek als politisches Pfand unter allen Umständen in der Hand zu behalten!

Es hieß ausdrücklich am Schluß der Mantelnote, sie sei „das letzte Wort" der Alliierten. Fünf Tage waren den Deutschen zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung gesetzt. Schließlich wurde diese Frist auf die dringlichen

Vorstellungen der Deutschen noch um 48 Stunden verlängert, so daß am 23. Juni, nachmittags 7 Uhr, die den Deutschen gesetzte Galgenfrist ablief. Alle Vorkehrungen wurden in der Zwischenzeit getroffen, um die Deutschen unter äußersten moralischen Druck zu setzen und sofort im Augenblick einer Nichtunterzeichnung wieder loszuschlagen. Schon am 13. hatte der „Rat" beschlossen, alle Vorbereitungen für die Wiederverhängung der Blockade zu treffen. Aber das war nur ein Wortspiel. Denn in Wahrheit bestand die Blockade noch in fast völligem Umfang. Dann wurden für den militärischen Einmarsch die letzten Vorbereitungen getroffen. Jetzt kam auch der Marschall Foch wieder zu Ehren. In diesen Tagen nach dem 16. setzte er vor dem „Rat" seinen militärischen Operationsplan auseinander. Man einigte sich darauf, um 7 Uhr abends am 23., wenn die deutsche Einwilligung nicht vorliegen sollte, sofort den Vormarsch anzutreten - zunächst bis zur Weser. Man rechnete damit, es würden vielleicht Friedensschlüsse mit Baden, Württemberg und Bayern zustande kommen, und man könne dann seine Streitkräfte geschlossen auf Norddeutschland werfen. Dem Präsidenten Wilson wurde die ehrenvolle Aufgabe übertragen, die Formel eines Sonder-Waffenstillstands und Sonderfriedens zu entwerfen, die Foch den Ländern Baden, Württemberg und Bayern vorlegen könne.

Das Werk als Ganzes

Wenn man die Bücher der Konferenz durchblättert, dann liegt wie ein aufgeschlagenes Buch klar zutage das Profil und das Antlitz der französischen Politik und ihres leitenden Kopfes, der englischen Politik und ihres leitenden Kopfes, aber nicht so sehr der amerikanischen Politik und ihres leitenden Kopfes.

In Frankreichs Auftreten auf der Konferenz paßte das Programm zum Manne und der Mann zum Programm. Beides war aus einem Guß. An Clemenceau war nichts Unausgeglichenes, Widerspruchsvolles oder gar Mystisches. Wie der französische Bauer der Vendée, aus der er stammte, stand er aufrecht auf der Scholle und kämpfte für seine Überzeugung unerschrocken und unerschütterlich bis zum letzten Atemzug. Er hatte nichts Problematisches an sich, auch wenn ihn sein Lebensweg von der radikalen Linken zur Rechten herübergeführt hatte in die historische Rolle des „Bluthundes", der über Leichen hinweg mit eiserner Faust den Willen zum Endsieg im Lager der eigenen Nation und der Alliierten aufrechterhalten hatte. Auch wenn ihm das Schicksal den Streich gespielt hatte, daß er, der an der Seite Emile Zolas für Gedankenfreiheit und die „Justice" gekämpft hatte, jetzt mit allen Mitteln der Zensur und der Polizei die freie Meinung und die Gerechtigkeit unterdrückte. Aber das ist offenbar ein Stück französischen Schicksals, daß alle Ver-

fechter und Exponenten des absoluten Patriotismus ihren Aufbruch aus dem Lager der Linken nehmen, bis zu Paul-Boncour und Laval. Aber niemand hatte auch eine so homogene und geschlossene Truppe von Beratern und Experten hinter sich wie Clemenceau. Denn allein eine solche unerschöpfliche und universelle Kraft wie André Tardieu wird man in den Reihen aller andern Delegationen vergebens suchen. Es hat auch kein Chef es so glänzend verstanden, seine Leute überall hin auf die entscheidenden Posten zu verteilen und anzusetzen wie Clemenceau. Was nicht unbedingt vital für Frankreichs Interessen war, wurde dabei ruhig den andern als Feld der Betätigung überlassen. Man konnte da eine billige, aber einträgliche Freigebigkeit üben. Aber da, wo Frankreichs Lebensinteressen auf dem Spiel standen, wurde selbst in den Kommissionen jeder Fußbreit Bodens mit Zähnen und mit Klauen verteidigt. So hat Frankreich mit einer eisernen Konsequenz alle Territorialkommissionen nicht nur mit seinen besten Leuten besetzt, sondern durch die Gestellung des Vorsitzenden für sich mit Beschlag belegt. Es ist darum kaum etwas so instruktiv für das Werden des Friedensvertrags als die folgende nackte Liste über die Vorsitzenden der einzelnen Territorialkommissionen:

Tschecho-Slowakei: Jules Cambon, Polen: Jules Cambon, Teschen: General Grenard, Poleninspektion: General Noulens, Rumänien und Jugoslawien: André Tardieu, Griechenland und Albanien: Jules Cambon, Belgien und Dänemark: André Tardieu, Zentralterritorialkommission: André Tardieu.

Darüber hinaus waren noch andere strategische Punkte in dem Netzwerk der Kommissionen mit Franzosen als Leitern besetzt. So das Militär- und Marinekomitee durch Marschall Foch, das Komitee zum Studium der Mittel der

Auferlegung des Waffenstillstands ebenfalls durch Foch, das Komitee zur Redaktion der militärischen, Marine- und Luftbestimmungen des Waffenstillstands durch General Degoutte, das Komitee für die Unterseekabel durch Fromageot, den Juristen des französischen Auswärtigen Amtes, das Marokkokomitee durch den Diplomaten Peretti de la Rocca und schließlich das maßgebende Redaktionskomitee für den Gesamtvertrag, an dessen Spitze ebenfalls Fromageot stand. Nur mit der Kommission der „Réparation des dommages" haperte es etwas. Denn die Vertretung durch den Finanzminister Klotz, der gleichzeitig Vorsitzender war, war nicht ganz auf der Höhe der Situation. Klotz zeichnete sich mehr durch Großsprecherei und Prahlerei als durch Sachkenntnis und Zielklarheit aus. Von ihm hatte Clemenceau auch die bissige Bemerkung gemacht, er sei der einzige Jude, den er kenne, der von Finanzen nichts verstünde. Aber in diesem Fall nahmen ihm die Engländer, an der Spitze Lloyd George, die Hauptarbeit ab.

Dafür überließ man gern den Amerikanern solche dekorative, aber unschädliche Posten wie den Vorsitz in der Völkerbundskommission, den Wilson selbst übernommen hatte, in der Kommission für die „Verantwortlichkeit der Kriegsurheber", der Staatssekretär Lansing vorstand, und in der Kommission für „Internationale Arbeit", an deren Spitze der amerikanische Arbeiterführer Samuel Gompers die internationale Sozialpolitik neuen Ufern zuzuführen suchte.

Wie überhaupt die Zusammenhänge des Zustandekommen des Friedensvertrags nicht zu begreifen sind ohne Kenntnis des Wirkens des Riesenapparates der Kommissionen. Denn der größte Teil der Bestimmungen des Vertrags ist in den Büros dieser Kommissionen entstanden. Man schätzt den Anteil auf drei Viertel bis vier Fünftel,

rein quantitativ. Das bedeutet natürlich nicht die qualitative Relation. Denn die dominierenden politischen Entscheidungen sind fast alle im Geheimkonventikel des „Obersten Rats", genauer sogar in dem Triumvirat Wilson-Clemenceau-Lloyd George gefallen. Aber ganze Partien des Vertrags sind dem Schalten und Walten dieser Kommissionen überlassen gewesen. Denn der „Oberste Rat" hat sich bei seiner Überlastung, die sich in der Abschlußzeit bis zur erstickenden Überbürdung steigerte, auf die Rolle des Registrators dieser Kommissionsbeschlüsse beschränken müssen, ohne sie einer kritischen Prüfung zu unterziehen. So ist es gekommen, daß nicht nur das raffinierte Gewebe von „Nadelstichen" - wie Smuts es genannt hat -, das über den ganzen Vertrag ausgebreitet ist und diesem Vertrag noch die verletzende und vergiftende Note der kleinlichen Quälerei verliehen hat, daß nicht nur alle die demütigenden und einengenden Bestimmungen über die „Internationalisierung" deutscher Flüsse und Häfen, über die Benachteiligung der deutschen Handelspolitik, über die Knebelung der deutschen Luftschiffahrt, usw. aus den Laboratorien dieser Fachkommissionen hervorgegangen sind, sondern daß zwei so folgenschwere Entscheidungen für das Gesamtschicksal Europas wie die deutsche Entwaffnung und die Ziehung der gesamten neuen Grenzen in Ost- und Mitteleuropa im Schoße der einschlägigen Kommissionen gefallen sind. Denn alles, was der „Rat" in diesen beiden Kardinalfragen dazutat oder wegnahm, bezog sich auf Einzelkorrekturen, aber nicht auf die grundsätzliche Anlage der Kommissionsvorschläge. Wenn man will, kann man sogar so weit gehen, festzustellen, daß die Waage über die Gebietszuteilung zwischen Deutschland und Polen in der Hand von drei Mitgliedern aus dem Kommissionsstab gelegen hat. Nämlich in der Hand des Generals Le Rond,

des amerikanischen Geographen Dr. Isaiah Bowman und des englischen Oberstleutnants Kisch. Denn diese drei Männer haben als Mitglieder eines Subkomitees der Polenkommission den ersten Bericht ausgearbeitet, der den Grundstock für die Vorschläge der Hauptkommission und damit der späteren Vertragsbestimmungen über die deutsch-polnische Grenze abgegeben hat. Es ergibt sich also, wenn man die Dinge auf diese letzte Wurzel zurückführt, daß zwei Offiziere und ein amerikanischer Geograph das Schicksal des deutschen Ostens und damit vielleicht die ganze Zukunft Europas bestimmt haben.

Aber von diesem Überwiegen der Militärs in dem Wirken der Territorialkommissionen abgesehen, ist ein weiteres Kennzeichen des Geistes und der Methoden dieser Kommissionen, vor allem aber der Territorialkommissionen dies, daß ihre Mitglieder fast immer päpstlicher waren als der Papst, extremer in ihrem Standpunkt als ihre eigentlichen Chefs. Das war zum großen Teil die Schuld ihrer Auftraggeber, die sie ohne positive Instruktion ließen. Aber selbst, wenn es dann zu Differenzen in der obersten Instanz, im „Obersten Rat", über Kommissionsvorschläge kam, stellte sich fast regelmäßig diese Unart der eifernden Beflissenheit und einseitiger Parteinahme der Kommissionsmitglieder heraus.

Frankreich hatte es auch darum am leichtesten, sich dieses weitverzweigten, feingliedrigen Instrumentes der Kommissionen zu bedienen, weil es ein klares politisches Programm hatte, vielleicht als einzige Nation. Am nächsten lag ihm örtlich und gefühlsmäßig als Ziel die Rheingrenze. Sie war nicht nur ein Teilglied, sondern der Eckpfeiler seiner Politik der Niederhaltung und Verkrüppelung Deutschlands, der alle andern Ziele und Wünsche untergeordnet waren. Jetzt wollte und mußte es diese nie

wiederkehrende Gelegenheit benutzen, endlich klare Rechnung mit Deutschland zu machen und diesen gefährlichen Nachbarn auf Menschengedenken hinaus unschädlich zu machen. Auch die Politik der Barrierebildung zwischen Rußland und Deutschland durch die Einschiebung Litauens, Polens und der Tschecho-Slowakei und die Politik der Trabanten, die in der „kleinen Entente" ihre Krönung fand, diente in erster Linie diesem Zweck. Selbst die Reparationspolitik, die zunächst rein finanziellen Zwecken der eigenen Bereicherung diente, war ebenfalls diesem obersten Ziel untergeordnet. Denn die Offenlassung der Endsumme und die sonstigen Blutabzapfungen am Körper der deutschen Volkswirtschaft wären vom Standpunkt einer rein rechnerischen Reparationspolitik aus stupide Interessenverleugnung gewesen. Man wollte mehr mit ihr, man wollte auch die Generalhypothek der Reparationen als politisches Pfand für den jederzeitigen Zugriff in die deutsche Substanz ausnutzen können.

Wenn man gekonnt hätte, hätte man diese Unschädlichmachung Deutschlands noch bis zur Zerschlagung vorgetrieben. Vielleicht wäre man dabei endlich auf ernsten Widerstand der eigenen Bundesgenossen gestoßen. Aber hier hatte man selbst sich über den wirklichen Tatbestand getäuscht. Denn hier machte die deutsche Nation und das Deutsche Reich, das man immer noch mit dem Rheinbund-Deutschland und dem Deutschland von 1866 verwechselte, einen Strich durch die Rechnung. Der Einheitswille des deutschen Volkes hielt allen Versuchungen stand. Dafür hat sich Clemenceau aber an anderer Stelle tückisch gerächt, dadurch, daß er das Anschlußverbot im Vertrag durchsetzte, das dem deutschen Volk als einzigem Volk in Europa neben den Ungarn das Gut der nationalen Einheit vorenthielt, und das auf sein ganz persönliches Konto zu setzen ist. Auch

dieses Anschlußverbot gehört organisch und symmetrisch in die Konzeption der französischen Konferenzpolitik.

Das war zusammengenommen ein Programm, das der Fratze des verabscheuten und verhaßten Militarismus und Imperialismus, zu dessen Vernichtung man angeblich den Kreuzzug des Weltkriegs geführt hatte, verdammt ähnlich sah. Hier setzt die Funktion der Kriegsschuldanklage und der Sicherheitstheorie ein. Beides sind die leitenden ideellen und moralischen Motive, mit denen die französische Politik ihre nackte „Realpolitik" auf der Konferenz zu verschleiern oder zu beschönigen versucht hat. Vom ersten Tag an hat die französische Politik das Kriegsschuldthema zum Gegenstand der Konferenzarbeit gemacht und sogar besonders in den Vordergrund gerückt. Die Sicherheitstheorie ist ebenfalls nach allen Seiten beleuchtet und abgewandelt worden. Mit beiden Propagandawaffen hat die französische Politik großen Erfolg erzielt. Mit ihrer Hilfe ist es ihr auch gelungen, dem Präsidenten Wilson den Bürgschaftspakt zur Sicherung Frankreichs abzuringen, der völlig außerhalb der amerikanischen Tradition lag, und damit die „heilige Allianz" des gemeinsamen „Kreuzzugs" auch in die Zukunft hinüberzuretten. Denn dieses, die Erhaltung der Allianz, war nächst der Zerschlagung Deutschlands das zweite beherrschende Ziel der französischen Konferenzpolitik. Eines griff in das andere über, und eines war vom andern abhängig. Auf diesen beiden Quadern ruhte das Gebäude, das Frankreich sich im Friedensvertrag aufgerichtet hatte.

Es wird vom Standpunkt des rein französischen Interesses aus ewig eine Meisterleistung bleiben, wie Clemenceau es verstanden hat, alle diese Ziele miteinander zu verbinden und praktisch durchzusetzen. Aber es wird ewig auch der sittliche Makel dieses gigantischen politischen Erfolges bleiben, daß damit die Macht über das Recht siegte. „Auge

um Auge, Zahn um Zahn" - jeder Schritt, jedes Wort Clemenceaus atmet den Geist dieses alttestamentlichen nackten Vergeltungsgedankens. Er hatte eine fast animalische Fähigkeit, zu hassen, die sich in der Treibhausglut der Konferenz zu einem chronischen Affekt steigerte. Das war seine Größe und seine Schwäche. Der fertige Frieden trägt in tiefen Runen die Spuren dieser Dämonie.

Demgegenüber hatte es Lloyd George in manchem leichter. Seine Ziele waren nicht so verstreut und verästelt wie die französischen. Was er sich als englisches Ziel gesteckt hatte, war in drei Worten zusammenzufassen: Zerstörung der deutschen Überseemacht. Das bedeutete praktisch die Vernichtung der deutschen Kriegsflotte und Handelsflotte, die Wegnahme der deutschen Kolonien und die Unterbindung der deutschen Handelskonkurrenz. Das ist ihm fast alles gelungen. Aber er hatte es dabei in vielem leichter als Clemenceau. Denn in jeder dieser Richtungen ging Frankreich mit ihm konform oder machte ihm wenigstens keine Schwierigkeiten. Was man im umgekehrten Falle nicht immer sagen konnte. Denn die Frage der Rheingrenze und der Ostgrenze und selbst des Anschlußverbots sah von London gesehen doch wesentlich anders aus als von Paris! Genial aber bleibt die Art, wie Lloyd George alle diese Früchte des Sieges in Sicherheit gebracht hat. Wie er z. B. durch seinen Überrumpelungscoup Deutschland innerhalb von drei Stunden um seine Kolonien brachte, wie er ihm ziemlich lautlos seine Handelsflotte abnahm und in der Reparationsfrage den inneren Bruch zwischen den Liberalen und Konservativen in der englischen Delegation virtuos überwand. Aber auf den Titel eines Planes kann seine Politik keinen Anspruch machen.

Er war ein Meister in der Erhaschung des Augenblicks. Doch über dem Vorteil des Augenblicks verlor er den

Überblick über das Ganze aus dem Auge. Denn niemand hat sich in der langen Geschichte der englischen Politik schwerer gegen Geist und Tradition dieser Politik versündigt als der Premierminister Lloyd George. In dieser ganzen Augenblickspolitik war kein Funke positiver schöpferischer Phantasie. Alles war nur auf Zerstörung und Niederreißung gerichtet. Selbst die unantastbaren heiligsten Grundsätze englischer Politik wurden dabei verraten. Europa wurde zerstückelt in ein Flickmuster von Zwergstaaten. Rußland wurde künstlich nach Asien abgedrängt. Dafür wurde das „enfant terrible" Europas, Polen, künstlich zu einem Großstaat hochgepäppelt. Deutschland wurde verstümmelt und zerstückelt. 20 000 Kilometer neuer Zollgrenzen wurden angelegt. Das war die Bilanz vom Standpunkt des englischen Handels. Dafür wurde Frankreich zu einem militärischen Koloß aufgetrieben, so daß selbst England von nun an unmittelbar im Schußfeld der französischen Kanonen, Flugzeuge und U-Boote lag. Das war die Bilanz vom Standpunkt der englischen Politik. Das heilige europäische Gleichgewicht, dessen Aufrechterhaltung oberster Lehrsatz der englischen Staatsweisheit war, war zerbrochen. An Stelle dessen war die militärische Hegemonie Frankreichs über dem Kontinent aufgerichtet. Das war eine Sünde gegen den Geist der englischen wie der europäischen Politik. Hier wurde die Probe auf Lloyd Georges politische Fähigkeit gemacht. Er wurde gewogen und zu leicht befunden. Denn im Grunde war er doch nur ein großer Opportunist, aber kein Staatsmann. Er ließ sich von der Welle tragen, wie sie kam und ging. Darin tat es ihm keiner gleich! Aber er hatte keinen Zoll von dem Staatsmann, der auch gegen den Strom schwimmt, weil er ein Ziel vor Augen hat. Er fiel auch persönlich, als Mensch und Charakter, aus dem Rahmen der Galerie der eng-

lischen großen Politiker. Nicht nur, daß er alles andere als steif war. Das wäre noch kein Nachteil gewesen. Aber von dem Wikingerblut der Angelsachsen, die auf die hohe See hinaus einem fernen Ziel zusteuern, hatte er keinen Tropfen. Er war und blieb Kelte, mit allen Vorzügen seiner Rasse. So, wenn er von Witz und Geist sprühte und seine Umgebung bestrickte oder mit seinem telepathischen Instinkt jede Blöße des Gegners erspähte. Dann hatte er geradezu den sechsten Sinn der intuitiven Erkenntnis. Er war in der praktischen Politik das, was der andere große Kelte, Bernard Shaw, in der Literatur war: der große Virtuose. Dafür aber besaß er nicht einen Funken Charakter. Man hätte alles von ihm sagen und erwarten können, nur nicht das monumentale heroische Bekenntnis des Dr. Martin Luther: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders."

Ganz anders steht es um Wilson und die amerikanische Politik. Man weiß nicht recht, ob man sie unergründlich dunkel oder naiv oberflächlich nennen soll. Zum Nachdenken und Aufspüren aber wird ewig der Abstand reizen, der sich auftut, sobald man die Kriegsziele Wilsons und das Resultat der Konferenz miteinander konfrontiert.

Es ist viel nachgegrübelt und gefabelt worden über das Rätsel Wilson. Aber das Studium der Konferenzakten und der ständige Vergleich seines Porträts auf der Konferenz, wie es sein Pressechef Baker entworfen hat, mit den Berichten des Obersten House vermag uns doch allmählich einen gewissen Einblick in diese seltsame Persönlichkeit zu gewähren.

Der eigentliche Erklärungsgrund für das Versagen Wilsons und der amerikanischen Politik lag bereits vor der Konferenz. Es war der Tag des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten, der 6. April 1917. Als der Präsident der Vereinigten Staaten an diesem Tage dem Deutschen Reich

den Krieg erklärte, ohne zuvor die Alliierten vor die Frage ihrer wahren Kriegsziele zu stellen und sie darauf festzunageln, hatte er eine historische Gelegenheit versäumt und bereits zu fünfzig Prozent die Entscheidungsschlacht um den künftigen Frieden verloren. Denn damals standen die Amerikaner im Zenit ihrer Macht. Die Alliierten griffen nach ihrer Hilfe, wie der Ertrinkende nach einem Rettungstau. Und der Präsident hätte, machtpolitisch, von ihnen alles haben können. Er hat immerhin so viel daraus gelernt, daß er bei der Wiederkehr dieser Stunde, beim Eintreffen des deutschen Friedensangebots, dieses Mal die Macht der Vereinigten Staaten voll und ganz in die Waagschale warf. Zwar war er auf die Vertretung durch den Obersten House angewiesen. House entledigte sich aber seiner Mission mit Erfolg bis auf die beiden Punkte „Freiheit der Meere" und „Reparation der geräumten Gebiete".

Nur einen dunklen Punkt in dem sonst klaren Rechtsverhältnis schaffte der Präsident weder damals noch später aus dem Wege. Das waren die ominösen Geheimverträge unter den Alliierten, die in ihrem wilden Annexionismus im klaren Gegensatz zu Geist und Wortlaut des Wilsonprogramms und den Vereinbarungen des 5. November 1918 standen. Dadurch, daß der Präsident nicht von vornherein mit einem klaren „principiis obsta" diesen gordischen Knoten durchhieb, sondern auf der Konferenz höchstens gelegentlich einmal daran herumzerrte, kam er in eine völlig schiefe Situation. Diesen Unterlassungsfehler verschlimmerte er noch dadurch, daß er, umgekehrt, nicht die geringste Anstalt dazu machte, die vereinbarten Wilson-Punkte zum Ausgangspunkt oder zur Basis der eigentlichen Friedensverhandlungen zu machen. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die dem Präsidenten diesen Vorschlag gemacht haben. Henry White hat ihn auf der Überfahrt

vergeblich in diesem Sinne bearbeitet. Der Oberst House hatte sogar durch seinen Versuch einer Umschreibung der „Vierzehn Punkte" bereits die erste Stufe dazu gelegt. Aber der Präsident war darin unzugänglich, obwohl er sich damit der festen Grundlage für sein ganzes Auftreten auf der Konferenz begab und zum Treibholz der allgemeinen Strömungen der Konferenz wurde. Er war der einzige, der sich diesem Sichtreibenlassen nicht aussetzen konnte. Denn er mußte auf festem Grunde stehen, wenn er nicht von vornherein das Spiel verloren gab. Er tat es nicht.

Hier aber beginnt die eigene Natur des Präsidenten, sich zu entfalten und seinem Wirken die Grenze zu setzen. Seine Position wurde ohnedies mit Fortschreiten der Konferenz zunehmend schwächer. Denn nach dem erfolgten Zusammenbruch der Mittelmächte und ihrer erfolgten Entwaffnung hatte eine ernsthafte Drohung der Amerikaner mit einem Abmarsch ihren militärischen Sinn verloren. Es blieb nur noch die moralische und politische Emanationskraft eines solchen Schrittes, über deren Schwergewicht man ganz verschiedener Meinung sein kann.

Was war überhaupt das Programm des Präsidenten, wenn er schon die „Vierzehn Punkte" nicht zur Durchsetzung bringen wollte? Klar erkennbar ist nur sein Bekenntnis zum Völkerbund, das schließlich geradezu in Besessenheit ausartete. Denn wenn er auf diesen verzichtet hätte, dann hätte er nach menschlichem Ermessen die Annahme des Vertrags zu Hause durchsetzen und vielleicht auch manche Nachgiebigkeit gegenüber seinen zudringlichen und habgierigen Kollegen sich ersparen können. Schon hinter dem Völkerbund aber beginnt es dunkel und leer zu werden. Da ist höchstens, so weit es sich um positive Zielpunkte handelt, seine Vorliebe für die „Kleinen Mächte" erkennbar. So ist sowohl seine Völkerbundideologie wie

seine praktische Politik auf der Konferenz z. B. in der Kontroverse über die deutsch-polnische Grenze oder über die Umgrenzung der neuen Tschecho-Slowakei und in der Kontroverse über die Adriafrage zwischen Italien und Jugoslawien deutlich von diesem Streben beherrscht. Nur daß er sich auch hier vor Inkonsequenzen nicht scheute, wenn es sich um Kriegsgegner handelte, wie z. B. im Falle der Ungarn. Auch diese Neigung aber ist bei Licht besehen nur eine Stimmung, ein Motiv, aber nie ein politisches Ziel. Sonst ist höchstens noch ein Leitgedanke zu erkennen, der auch nur negativer Natur ist. Das ist seine Abneigung, ja seine erklärte Feindseligkeit gegen das Prinzip des europäischen Gleichgewichts. Gegen dies Prinzip hat er selbst in seiner Kongreßrede vom 11. Februar 1918 Front gemacht, als er gegen das „nunmehr für immer diskreditierte Spiel des Mächtegleichgewichts" polemisierte. Mit diesem Programm der Zerstörung des Gleichgewichts hat er nach besten Kräften Ernst gemacht. Und seine ganze Politik gegenüber Frankreich, Deutschland und den zentraleuropäischen Staaten ist vielleicht noch mehr einheitlich bestimmt und zusammengefaßt durch dieses Generalprinzip als durch die Sympathie für Frankreich und die kleinen Mächte. Das ist aber auch alles, was eine Bestandsaufnahme des politischen Fundus des Präsidenten ergibt, den er nach Europa mitbrachte.

Es war klar, daß er mit dieser lose zusammengewürfelten und leichtgebauten Konzeption dem Ansturm, der ihm bevorstand, nicht gewachsen war. Damit konnte er unmöglich den mit allen Wassern gewaschenen Gegenspielern, denn das waren seine Kollegen in Wahrheit, nicht Paroli bieten. Aber wenn er wenigstens als Persönlichkeit das eingeholt hätte, was ihm an politischer Überschau und

Sachkenntnis abging! Auch da fällt die Bilanz leider ziemlich mager aus.

Wilson war nun einmal kein Politiker. Er blieb auch auf dem Präsidentenstuhl der Vereinigten Staaten der Professor, der er von Hause aus war: Ein Mann, der sich lieber in den Äonen der theoretischen Erkenntnis, als auf dem steinigen Boden der harten Tatsachen bewegte. Ein Mann, der infolgedessen, sobald er in das Reich der Praxis hinabstieg, sich auf eine bestimmte Spur dogmatisch festbiß und der Gefahr des „eingleisigen" Denkens erlag. Dann nahm sein Wesen etwas Starres und Schulmeisterliches an.

Immerhin, es ist nicht zu leugnen, hinter seiner ganzen etwas starren und nüchternen Theologie stand eine Glut echter Leidenschaft. Hier meldete sich das Erbteil, das ihm seine schottischen Vorfahren als Theologen hinterlassen hatten. Er kämpfte für eine Sache, an die er glaubte und die in ihm brannte. Sonst wäre es einfach unerfindlich, wie solch ein Professor, deren es Dutzende an amerikanischen Universitäten gab, zweimal die oberste Würde des amerikanischen Staates und Volkes hätte erringen können.

Zwar, er hatte Glück gehabt. Denn die beispiellose Konjunktur der Vorkriegsjahre und noch mehr der beiden ersten Kriegsjahre, an der er ziemlich unschuldig war, hatte ihm einen ungeheuren Vorsprung vor allen Konkurrenten gegeben. Aber es ging von ihm doch ein eigenes Fluidum aus, das ihm Herrschaft über die Menschen verlieh. Dazu mag auch beigetragen haben, daß er das gesprochene und geschriebene Wort in souveräner Weise beherrschte. Auch das förderte seinen magischen Einfluß auf die breiten Massen. Aber auch dieses Charisma erklärt noch nicht alles. Vielmehr liegt das Geheimnis seines Erfolges über die Massen erst in dem, was hinter seiner Persönlichkeit und ihren Gaben stand, in dem wenn auch dunklen Streben und

Sehnen nach allgemeiner Demokratie und Eintracht der Völker, das ihn beseelte und trieb. Dieses grunddemokratische Bekenntnis mag ihm die eigentliche Sympathie und Verehrung der amerikanischen Massen eingebracht haben.

Nun aber kam in Paris das Experiment des persönlichen Eingreifens auf der Konferenz in Europa. Gerade hier aber, in dem Umgang mit den Einzelpersonen und dem Kampf Mann gegen Mann und Auge in Auge war mit diesen Gaben am wenigsten anzufangen. So sollten und mußten sich gerade hier die Grenzen seiner Natur besonders empfindlich offenbaren. Das war überhaupt die schwierigste Seite an ihm, der Verkehr mit den andern. Schon die Auswahl seiner Delegation und seiner Berater ist ein Kapitel für sich. Keine einzige Persönlichkeit von Format war darunter. Meistens tüchtige Leute, zum Teil aber Sonderlinge und sogar kleine Leute. Er duldete keine ausgesprochenen Persönlichkeiten um sich, schon weil ihm das als Einspänner unbequem war. Aber auch weil diese leicht seine Sonne hätten verdunklen können. So steht das Gros der amerikanischen Delegation, an dem Format der anderen Länder gemessen, unter dem allgemeinen Niveau, jedenfalls soweit es sich um den allgemeinen Überblick und die öffentlichen Dinge handelt. Diese Eckigkeit seiner Person verhinderte es auch, daß Wilson zu seinen Kollegen im „Rat" in ein näheres Verhältnis kam.

Aber wenn er wenigstens die Materie selbst beherrscht und von den konkreten Dingen eine Ahnung gehabt hätte! Man ist manchmal sprachlos über die Oberflächlichkeit, mit der er über entscheidende Dinge des politischen Handwerks hinweggeht, und über die Unwissenheit im Tatsächlichen, besonders wenn man seine Vernehmung durch den amerikanischen Senat nach seiner Rückkehr in die Heimat durchliest. So mußte er, befragt, ob er etwas von militärischen Spe-

zialabkommen zwischen Frankreich mit Polen und der Tschecho-Slowakei wisse, eingestehen, er wisse nichts davon. So mußte er weiterhin sich darauf festnageln lassen, daß über die für die Vereinigten Staaten hochwichtige geplante Kabelkonferenz kein Protokoll aufgenommen worden war. Auch von der Insel Yap im Stillen Ozean, die für die Vereinigten Staaten schon früher nicht ganz unbedeutsam war, hatte er nie vorher etwas gehört, wie er durch eine Zwischenbemerkung sich entfahren ließ. Darin stand er allerdings nicht ganz allein auf der Konferenz. Denn Lloyd George nahm es darin mit ihm auf. Der hatte auch, wie er bei seiner Unterhausrede im April in unüberlegter Weise zu erkennen gab, noch nie etwas von Teschen gehört. Der hat es in seinem Buch „Über Reparationen und Kriegsschulden" auch fertiggebracht, die deutsche Grenze in „Sichtweite" der Heimat des Lothringers Poincaré zu verlegen, während immerhin an die hundert Kilometer dazwischenliegen! Das war überhaupt das Allerschlimmste, daß der Präsident mit so leichtem Gepäck an politischem Sachwissen auf die Konferenz ging. Denn er mußte immer auf der Hut sein vor Streichen der anderen. So kam es dann zu so unverzeihlichen folgenschweren Übereiltheiten des Präsidenten wie der Preisgabe der Brennergrenze, die er später auf „unzulängliche Kenntnis" zurückführte. Und zu der späten reumütigen Selbsterkenntnis, die er kurz vor seinem Tod zu seinem Freund Henry White bei einem Besuche wegen der völlig verunglückten deutsch-polnischen Grenzziehung äußerte, als er eingestand: „Die Franzosen und Polen haben mich vollständig irregeführt."

Aber das hing nicht nur mit seiner politischen Unwissenheit zusammen, sondern auch mit einem Zuge seines Herzens, der seinen Blick als unparteiischer Schiedsrichter trübte. Es gab nämlich zwei Punkte, in denen der Präsi-

dent befangen und sterblich war. Das war einmal in allen Fragen, in denen es um das Wohl und Wehe der „Kleinen Nationen" ging, und dann, wenn es sich um die Wiedergutmachung deutscher „Ungerechtigkeiten" handelte. Besonders für die Polen schlug sein Herz mit warmer Sympathie. So äußerte er am 29. Januar im „Zehnerrat", als Dmowski das polnische Programm entwickelte, aufmunternd: „Der gegenwärtige Zweck der Alliierten sei, Polen beizustehen." Noch deutlicher ging er später aus sich heraus, als Anfang Juni der Endkampf um die oberschlesische Abstimmung tobte. Damals ließ er sich sogar das Geständnis entschlüpfen: „Wenn wir es mit den Deutschen zu tun haben, bin ich gegen sie und für Polen." So schreibt der Historiograph des polnischen Abschnitts in dem amerikanischen Monumentalwerk von D. H. Miller treffend: „Ebenso wie gegen die Deutschen war er [Wilson] für Polen mit seinem ganzen Herzen." Genau so ging es ihm, wenn es sich um Elsaß-Lothringen oder Schleswig handelte. Dann sprach er entweder von dem „größten Beispiel einer historischen Ungerechtigkeit", oder von dem, was Dänemark 1864 „gelitten" habe. Es ist also nicht nur auf das Konto der Europäer zu setzen, daß die deutschen Grenzen so barbarisch beschnitten und verstümmelt worden sind, wie es geschehen ist. Präsident Wilson war in diesem Punkt kein ehrlicher Treuhänder der Rechte der Besiegten.

Von einem Schleier des Geheimnisses wird immer der Einfluß des Obersten House und ihr Verhältnis zueinander umgeben sein. Das eine aber dürfte feststehen, daß der Einfluß von House auf der Konferenz selbst für den Präsidenten nicht von Segen gewesen ist. House hat hauptsächlich den Präsidenten noch in seiner unglücklichen Neigung bestärkt, sich immer mehr auf die Durchsetzung des Völkerbundes zu kaprizieren und dafür das Werk des eigentlichen Friedens

links liegenzulassen. Schon am 31. Januar hat er ihm den Rat gegeben, sich viel mehr dem Völkerbund zu widmen. „Denn die Wichtigkeit des Völkerbundes und der andern Dinge, die am Quai d'Orsay geschehen, lassen sich nicht miteinander vergleichen. In dem einen Falle werde die Welt vollkommen umgestaltet und eine neue Ordnung der Dinge in die Wege geleitet. In dem andern Falle handle es sich einfach um Grenzfragen und dergleichen, die schon seit unvordenklichen Zeiten Gegenstand von Friedenskonferenzen gewesen seien." So kam es dann zu der unseligen Geistesverwirrung, auf Grund deren der Friedensvertrag so vergiftet wurde, daß auch der Völkerbund von vornherein vor einer fast unmöglichen Aufgabe stand.

Allerdings, der Präsident selbst hatte von dem Völkerbund fast übernatürliche Vorstellungen. Er traute ihm beinahe Wunderkräfte zu. So weltfremd und schwärmerisch es klingt, man muß es schon als wahr hinnehmen, was er bei der Vernehmung durch den Senat als seine Überzeugung vertrat: „Ich betrachte es als eine der Hauptwohlfahrten des ganzen [Völkerbund-]Arrangements, daß es die Meinung der Welt in Erscheinung treten läßt. Nach allem werden die künftigen Kriege meistens durch einen Angriff wider die schwächeren Nationen kommen. Ohne den Völkerbund haben diese weder Stütze noch Schutz. Mit ihm haben sie den vereinigten Schutz der Welt. Und wie es allgemeine Auffassung ist, daß die große Tragödie, die wir gerade hinter uns haben, nie über uns gekommen wäre, wenn die Mittelmächte sich hätten träumen lassen, daß eine Anzahl von Nationen geschlossen gegen sie wären, so habe ich das äußerste Vertrauen, daß diese vorherige Warnung, daß die starken Nationen der Welt in jedem Fall vereinigt sein werden, den Krieg äußerst unwahrscheinlich machen wird."

Dieser fast ekstatische Kult, den er mit dem Völkerbund-institut trieb, mag auch die einzige psychologische Erklärung dafür sein, daß er in seiner Senatsadresse, mit der er am 10. Juli 1919 den fertigen Vertrag vorlegte, die dem Vertrag direkt widersprechende Äußerung tat: „Ohne den Völkerbund könnte die langandauernde Überweisung der von Deutschland im nächsten Menschenalter zu vollbringenden Wiedergutmachung völlig zusammenbrechen.“ War doch die Reparationsfrage durch den Vertrag allein und ausschließlich der Reparationskommission vorbehalten!

Der amerikanische Präsident war seiner Aufgabe nicht gewachsen. So beliebt aber der Brauch ist, den Präsidenten Wilson für alle Fehlentscheidungen der Konferenz haftbar zu machen, so einseitig und ungerecht ist dieses historische Urteil. Denn der Präsident war keineswegs ein Individuum für sich, sondern ein Exponent der amerikanischen Politik, der sich vor der herrschenden Tagesmeinung sogar durch größere Freiheit und Unabhängigkeit des Überblicks auszeichnete. Es ist nicht angängig, den Präsidenten von der Dynamik des politischen Lebens seiner Heimat in dieser Zeit zu isolieren. Vielmehr ist es das bleibende historische Verdienst des Präsidenten Wilson, daß er sich lange nicht so triebhaft und willenlos von der Massensuggestion des Siegestaumels mitreißen ließ wie die Mehrzahl der führenden Politiker seines Landes. Mit einem andern Repräsentanten der amerikanischen Nation in Paris wäre vielleicht der Völkerbund nie ins Leben getreten, der Friedensvertrag aber noch grausiger und gewalttätiger ausgefallen. Man braucht nur daran zu denken, was der republikanische Senator Lodge, der Führer der größten und fast immer regierenden Partei, Anfang Januar 1919 an Henry White schrieb: „Es geht ein starkes Gefühl durch dieses Land dagegen, den Deutschen Nahrung oder Geld zu geben.“ In der

Polenfrage z. B. war kaum ein Unterschied der Gesinnung zwischen dem Präsidenten und der Delegation. Nur Henry White war hier viel objektiver, weil er als einziger zufällig die Dinge aus der Nähe kannte. Dagegen meinte D. H. Miller am 22. März, als Lloyd George seine verzweifelte Offensive gegen die neue Grenzziehung durchführte, ganz arglos und harmlos zusammen mit Autchincloß, Lloyd Georges Aufregung sei doch „übertrieben"!

Auch in seiner mangelhaften Beherrschung der europäischen Verhältnisse war der Präsident keineswegs eine Ausnahme von der amerikanischen Regel. Man lese nur den Senatsbericht vom 10. September 1919, den die Opposition abgefaßt hatte. In diesem wird die Befürchtung, daß die europäischen Mächte nicht auf die von Amerika gewünschten Änderungen eingehen würden, mit den selbstbewußten Worten abgetan: „Ohne uns ist der Völkerbund ein Wrack, und ihre ganzen Gewinne aus einem siegreichen Frieden sind in Frage gestellt." Diese Überzeugung war noch oberflächlicher und dilettantischer als die Völkerbundsideologie des Präsidenten und seine Stellung zu den europäischen Dingen. Man braucht den Präsidenten auch nur mit seinem sonst sympathischen Staatssekretär des Auswärtigen Lansing, dem obersten Beamten der amerikanischen Diplomatie, in ihrer beider Auftreten bei der Vernehmung vor dem Senat zu vergleichen, und man hat den Gesamteindruck, daß der Präsident immer noch besser abschneidet als sein Staatssekretär, der – in die Enge getrieben – in seiner Hilflosigkeit zeitweise einen fast bemitleidenswerten Eindruck macht. Auch Lansings Skizze einer neuen Gebietsabgrenzung im Friedensvertrag vom 24. September 1918 unterscheidet sich von Wilson weder in den Ansichten noch in der Sachkenntnis. Höchstens geht Lansing noch weiter in der Unbekümmertheit des Schal-

tens und Waltens mit Völkern und Staatsgrenzen und in der Voreingenommenheit gegen die Deutschen. So wollte er im Norden sogar Helgoland und das gesamte Schleswig nördlich des Kieler Kanals an Dänemark abtreten! Es fehlte eben der ganzen amerikanischen Diplomatie die wirkliche Schulung, die nur durch jahrhundertelange Praxis erworben werden kann, um ihre Sache auch durchsetzen zu können. Ging doch die Gleichgültigkeit der amerikanischen Delegation gegenüber den festen Regeln des diplomatischen Handwerks so weit, daß, nach allen Anzeichen, noch nicht einmal für eine wirklich komplette Dokumentensammlung der Friedenskonferenz in den Archiven des amerikanischen Staatsdepartements Sorge getragen worden ist.

Aber wie dem auch sei, der Präsident Wilson hat nicht verhindern können, daß er in seiner Rolle als Friedensvermittler dazu mißbraucht wurde, einen Bruch feierlich gegebener Versprechungen zu sanktionieren. Das bleibt in der Völkergeschichte an ihm hängen.

Dieser Bruch eines festen Abkommens ist und bleibt auch der m o r a l i s c h e Defekt dieses Friedensvertrages, seine Sündhaftigkeit. Auch andere Friedensverträge mögen ähnlich unfriedfertig sein, im gleichen Rausche der Machtpolitik gezeugt wie dieser. Aber keiner von ihnen war der Bruch eines gegebenen Wortes, sondern höchstens die Bilanz eines tatsächlichen Machtzustandes. Darum wird nicht eher wieder Frieden in Europa einkehren, als bis dem mißhandelten Rechte wieder Geltung verschafft und für das begangene Unrecht Wiedergutmachung geleistet ist.

Dieser Frieden war aber auch p o l i t i s c h ohne jeden Funken der Intuition. Das war sein politischer Defekt. Bei Lichte besehen, war er weiter nichts als ein Vertrag, aber kein Frieden. Wie es den Siegermächten überhaupt nur darauf ankam, diesen Vertrag in Sicherheit zu bringen.

Diesem Ziel wurde alles andere untergeordnet, die gründliche Prüfung, die Rücksicht auf Menschen und Dinge und der Blick auf die Zukunft. Das würde sich alles später finden! Dazu war schließlich auch der Völkerbund eingesetzt! Auf der Konferenz triumphierte nur das Interesse. Aber irgendein konstruktiver Gedanke lag diesem Frieden an keiner Stelle zugrunde. Denn selbst der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wurde so willkürlich, je nach Gunst und Laune angewandt, daß nur eine Mißgeburt übrigblieb. Der alte Erdteil Europa wurde auf diese Weise mit 20 000 km neuer Grenzen beglückt, die neuen politischen Zündstoff anhäuften und den Kontinent auf dem Wege zur wirtschaftlichen Vereinheitlichung hinter 1914 zurückwarfen. Auch dem Wettrüsten, einer der Hauptursachen zum Weltkrieg, wurde kein Einhalt geboten. Denn die den Siegermächten belassene Rüstungsfreiheit hatte den grotesken Erfolg, daß sogar das durch die erzwungene Entwaffnung der Mittelmächte erzielte Minus durch den verdoppelten Wetteifer Frankreichs und seiner Vasallenstaaten in ein Plus gegenüber 1914 umgewandelt wurde. Schließlich wurde dadurch, daß man Rußland geflissentlich aus Europa herausdrängte, die Hegemonie einer einzigen Großmacht über Europa aufgerichtet, und das Konzert der Großmächte, das diesem Erdteil ein Jahrhundert hindurch im großen und ganzen den Frieden geschenkt hatte, mit vandalischer Faust zersprengt. Das Prinzip des Gleichgewichts war immerhin ein Prinzip der Ordnung gewesen, dieses neue Prinzip aber ist weiter nichts als eine Despotie, die, allein auf die Bajonette gestützt, die Unordnung zu verewigen sucht.

Zu diesen Geburtsfehlern trat noch ein Ereignis, das der Konstitution des fertigen Vertrags einen schweren Schlag versetzte, aber erst nach seinem Abschluß eintrat. Das war

die schließliche Unterschriftsverweigerung Amerikas. Als der Präsident heimkehrte, da taten seine Landsleute, vertreten durch den Senat, so, als ob sie einfach das Geschehnis des Vertragsabschlusses unter dem Protektorat ihres Präsidenten ungeschehen machen könnten. Das war ein fundamentaler politischer Irrtum, von dem die amerikanische Politik bis heute noch nicht recht losgekommen ist. Die Vereinigten Staaten haben dreimal für die Intervention in Europa optiert. Zum ersten Male bei ihrem Kriegseintritt, zum zweiten Male durch die Vermittlung des Waffenstillstands und zum dritten Male durch die Überfahrt des Präsidenten. Sie haben damit den Krieg und den Frieden entschieden. Davon können und werden sie nicht loskommen, und die Welt wird erst zur Ruhe kommen, wenn sie die Konsequenz aus dieser dreifachen Option ziehen und ihr ganzes Ich für die Liquidierung der Weltkatastrophe eingesetzt haben werden - so wie Herbert Hoover es bereits in einzelnen mutigen Vorstößen versucht hat.

Aber auch Europa ist einem fundamentalen Irrtum im Jahre 1919 verfallen in doppelter Hinsicht. Es hielt Wilson für Amerika und für einen Übermenschen. Daher rührt auch das Verdammungsurteil, das sich Wilson namentlich unter den Besiegten zugezogen hat. Beides war falsch. Wilson war weiter nichts als Amerikaner. Wenn Europa ihn als solchen gesehen hätte, dann hätte es sich in dem Begeisterungsrausch des Winters 1918/19 von allen verhängnisvollen Übertreibungen ferngehalten und sich viele Enttäuschungen erspart. Wilson war allerdings ein Amerikaner von anderer Rasse als der kraftstrotzende Naturbursche Theodor Roosevelt oder die smarten Dollar-Maker nach Art eines Carnegie oder Morgan. Er war der letzte Puritaner, müde, entnervt und schon etwas melancholisch wie der letzte Sproß eines aristokratischen Geschlechtes. Aber

er verkörperte die andere, dem Jenseits zugewandte Seele in der amerikanischen Brust.

Alle andern Koryphäen auf der Konferenz haben keinen essentiellen Einfluß auf das Friedenswerk gehabt, so sehr auch der eine oder der andere an dem oder jenem Meilenstein des Weges Richtung und Tempo beeinflußt haben mag. Sie alle marschieren in Reih und Glied. An der Spitze aber vor der Front steht als leitender Generalstab das Triumvirat Wilson-Clemenceau-Lloyd George, denen als eifriger Adjutant zur Aufrechterhaltung der Einheit unter ihnen der Oberst House zugerechnet werden muß. Sie zusammen bilden das Gehirn der Konferenz.

In die Hand dieses Häufleins war eine Fülle der Macht gelegt wie nie zuvor in die einer Handvoll Menschen in der Weltgeschichte. „Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt!" - hatte ihnen der Präsident der Republik Poincaré bei Antritt ihres Werkes zugerufen. Niemand anders als die Geschichte kann und wird darüber richten, ob sie ihrer säkularen Menschheitsaufgabe gewachsen waren. Der Prozeß hat bereits begonnen.

Die Geschichte hat das Wort

Schon das persönliche Schicksal der großen Friedensmacher mutet wie ein Urteilsspruch der Geschichte an. Nie sind Schöpfer eines Friedens rascher von der politischen Bildfläche verschwunden und unbarmherziger aus der Geschichte der Zeit ausgelöscht worden wie diese vier großen Friedensmacher von Versailles.

Es grenzte auch beinahe an Vermessenheit, wie diese Friedensmacher sogar in der Wahl der entscheidenden Kalendertage Schicksal zu spielen versucht haben. Sie begannen die Konferenz mit dem 18. Januar - als eine Antwort auf die deutsche Reichsgründung vom 18. Januar 1871. Sie überreichten den Vertrag am 7. Mai - als eine Vergeltung für die Versenkung der „Lusitania" am 7. Mai 1915. Und sie wählten den 28. Juni zum Tag der Unterzeichnung durch die Deutschen - als warnendes Menetekel vor dem 28. Juni 1914, an dem in Serajewo durch den serbischen Königsmörder die ersten Schüsse des Weltkriegs fielen. Das war fast wie eine Herausforderung des Schicksals.

Am tragischsten mutet das Schicksal des Präsidenten Wilson an. Es hat sich am raschesten vollzogen und wirkt schlechthin erschütternd. Vierundzwanzig Stunden nach der Unterzeichnung des Vertrags war er schon auf der Rückreise in die Heimat. Denn drüben brannte es lichterloh. Die Opposition griff immer mehr um sich. Sofort nach

seiner Rückkehr versuchte er durch eine Botschaft an den Senat der widerspenstigen Stimmung in Volk und Parlament Herr zu werden. Aber ohne spürbaren Erfolg. Ja, die Gewichte verschoben sich so stark zu seinen Ungunsten, daß er etwas über sich ergehen lassen mußte, was bisher keinem Präsidenten zugestoßen war. Er, als höchster Chef des amerikanischen Staates, mußte sich, wie eine Anzahl anderer Delegationsmitglieder, der peinlichen Vernehmung vor einem Ausschuß des Senats über die Pariser Verhandlungen unterziehen. Denn es war eine parlamentarische Vernehmung, auch wenn sich dieser beispiellose Akt in der höflichen und schonenden Form abspielte, daß der Präsident den Ausschuß selbst ins Weiße Haus einlud. Diese Vorsichtsmaßnahme wurde schon wegen der verfassungsrechtlichen Zweifel über die Zulässigkeit einer solchen „Vernehmung" angewandt. Aber die dreistündige Konferenz am 19. August 1919, ein Unikum in der amerikanischen Geschichte, war doch eine schwere Demütigung für diesen stolzesten und herrischsten aller Präsidenten.

So in die Defensive durch seine Gegenspieler getrieben, blieb ihm nichts anderes übrig, als sein stärkstes Aktivum einzusetzen und selbst ans Volk zu appellieren. Am 4. September 1919 begann er eine großangelegte Vortragsreise, die ihn durch die 29 größten Städte des Mittelwestens und Westens führte, wo er in der kurzen Zeit von drei Wochen in 37 Reden den Völkerbund gegen die Angriffe der Opposition verteidigte und sein Volk für das Ideal des Weltfriedens zu begeistern suchte. Aber die Wirkung seiner Worte war nicht mehr die alte. In San Franzisko wurde er sogar mit lautem Pfeifen und Trampeln empfangen. Zweimal ließ man ihn einfach nicht zu Wort kommen. Da, mitten in seiner Kampagne, am 26. September, nach seiner

Rede in Pueblo (Colorado) traf ihn wie ein Blitzstrahl die Katastrophe. Er brach in der Nacht zusammen und mußte mit Mühe und Not ins Weiße Haus zurücktransportiert werden, wo ihn Anfang Oktober noch ein Schlaganfall mit Lähmungserscheinungen traf, von dem er sich nie wieder völlig erholt hat. Er war von diesem Tage an ein toter Mann, auch wenn ihn der physische Tod erst am 3. Februar 1924 ereilte. [Es sei hier vermerkt, daß Wilson nach dem Urteil einzelner Gelehrter an angeborener syphilitischer Paralyse gelitten hat. Genaueres hierüber wird wohl nie zu erfahren sein, da Prof. Dercum, der behandelnde Arzt Wilsons, vor einigen Jahren gestorben ist, und seine Witwe, seinem Wunsche gemäß, alle seine Aufzeichnungen verbrannt hat - wie ich einer freundlichen Mitteilung von Prof. Ludwig Nékám in Budapest dankend entnehme.] Damit war auch die Schlacht um den Frieden in Amerika verloren. Es konnte gar nicht anders kommen, als es kam. Nach allen möglichen Wirren und Ausflüchten scheiterte am 19. März 1920 endgültig die Ratifikation des Vertrags durch den Senat, denn es fehlten an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit 7 Stimmen. Der Mann, der sich nach Europa eingeschifft hatte, um - nach einem Ausspruch einer führenden amerikanischen Zeitung - als „Präsident der Vereinigten Staaten der Welt" heimzukehren, hatte kläglich Schiffbruch erlitten. Auch für die amerikanische Politik als solche war ein Zustand eingetreten, der keine historische Parallele hatte. Der Präsident war nicht mehr in der Lage, seine Amtsgeschäfte aufzunehmen. Und das Land hatte über ein Jahr einen Präsidenten, der in Wirklichkeit keiner mehr war.

Aber in dieser Zeit traf den Präsidenten noch ein weiterer persönlicher Schicksalsschlag. Die intime Freundschaft, die wohl seine einzige Freundschaft überhaupt war, mit dem

Obersten House, den man als sein „zweites Ich" bezeichnet hatte, ging endgültig in die Brüche. Sie haben sich beide nach Versailles überhaupt nicht mehr wiedergesehen. Auch House ereilte ein sonderbares Geschick. Er wurde krank in demselben Augenblick, als er Wochen später nach dem Präsidenten das Schiff zur Heimreise bestieg. Er hatte die Absicht, dem Präsidenten, der soeben zusammengebrochen war, zu Hilfe zu eilen. Aber als er das Schiff verließ, war auch er in einem Zustande fast völligen Zusammenbruchs. So lagen beide, als der Kampf um ihr Werk im Senat am heftigsten tobte, krank ans Bett gefesselt darnieder, der eine in Washington, der andere in New York. Man munkelte von einem Zerwürfnis zwischen den beiden Freunden. House stritt diese Gerüchte ab. Aber die Fama behielt doch recht. Nie mehr ist ein Wort oder auch nur ein Brief zwischen beiden gewechselt worden. Zwei lange Briefe, die House dem Präsidenten noch schrieb, blieben unbeantwortet. Das Band war zerrissen. Es ist nie mehr geknüpft worden. House selbst hat von dieser Trennung einer Freundschaft als von einem „tragischen Mysterium" gesprochen. Auch die Rolle von House war mit dem Verschwinden des Präsidenten aus der Öffentlichkeit ausgespielt.

Mit Clemenceau hat es nicht viel länger gedauert. Als im Januar 1920 die Kammerwahlen stattfanden, wurde er gestürzt. Und als wenige Wochen danach das Amt des Präsidenten der Republik frei wurde, auf das er nach Fug und Recht der einzige Anwärter war, zog ihm die Nationalversammlung einen Anonymus in der Weltpolitik vor, den harmlosen und unbedeutenden Deschanel. Ein halbes Jahr später hätte die Nation sogar die Möglichkeit gehabt, diesen Akt wiedergutzumachen, als Deschanel auf geheimnisvolle Weise durch einen Sturz aus dem Eisenbahnabteil ums Leben kam. Auch dieses Mal wandte sich ihre Gunst einem

andern zu, der ebensowenig dieser Ehrung würdig war, dem politischen Abenteurer Millerand. Von diesem Tage an war Clemenceau endgültig aus der politischen Führung ausgeschaltet. Er führte nur noch ein Schattendasein. Die Nation aber erlebte das beschämende Schauspiel, daß sein unversieglicher Haß, der ihm Lebenselement war, sich gerade gegen seinen einstigen Kameraden in der Erringung des Sieges, den Marschall Foch, ihren Nationalheiligen, richtete. Bis über das Grab hinaus haben beide einander mit ihrer Feindschaft verfolgt und noch aus dem Sarge heraus die letzten Pfeile ihrer Polemik gegeneinander abgeschossen.

Der einzige, an dem sich das Geschick der Auslöschung nicht so dramatisch vollzog, war Lloyd George. Aber auch ihn hat es nicht lange mehr an der Verantwortung im Staate gehalten. Obwohl er sich durch seine Umschmeichelung der Volksstimmung eine zyklopische Mehrheit im Parlament verschafft hatte, hielt er nicht durch. Im Jahr 1922 wurde er aus innerpolitischen Gründen zum Rücktritt genötigt, und von diesem Tage an war er, dessen Name mit dem Nimbus des Siegers des Weltkrieges umkleidet war, ein politischer Zuschauer, nicht viel anders wie die andern Mitglieder des Parlaments. Wohl schrieb er Artikel und Bücher, die ihm manche Pfunde einbrachten. Aber Einfluß auf den Gang der Dinge ist ihm von diesem Tage an nie mehr beschieden gewesen. Selbst die stolze liberale Partei, deren Führer er war, hatte er so weit heruntergewirtschaftet, daß sie von da an nur noch das fünfte Rad am Wagen in der englischen Politik bildet. Wenn man ihn historisch in der englischen Innenpolitik eingruppieren will, dann ist er sogar der Totengräber des englischen Liberalismus und darüber hinaus des europäischen Liberalismus gewesen.

Der folgenschwerste Einschnitt in der Geschichte des Vertrags blieb die Nichtratifikation durch die Vereinigten Staaten. Sie war mehr als ein Mißerfolg und eine Niederlage des Präsidenten, mehr als ein Protest der amerikanischen Nation gegen Geist und Tendenz dieses Vertrags. Sie veränderte gleichzeitig die juristische und politische Struktur dieses Vertrags bis auf den Grund und gab ihm in entscheidenden Punkten ein neues Gesicht. Das gilt sowohl für den ersten wie für den zweiten Teil des Vertrags, für den Völkerbundpakt wie für den Friedensvertrag. Denn dadurch, daß die Amerikaner auf diese Weise aus dem Konzern des Vertragsdirektoriums ausschieden, wurde der Vertrag bis in seine Grundfesten umgewandelt.

Das gilt konkret zuerst und hauptsächlich für die Regelung der Reparationsfrage. Denn die Reparationskommission, in deren Hand der Schlüssel zur Lösung des Problems gelegt war, und die aus je einem Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und Jugoslawiens bestehen sollte, wurde dadurch der amerikanischen Mitgliedschaft und des amerikanischen Vorsitzes beraubt. Denn dieser Vorsitz war den Amerikanern vorbehalten gewesen. Es war ein Schritt von unübersehbarer Tragweite. Die Reparationskommission kam dadurch unter das Regiment und die Fuchtel der Franzosen, denen der Vorsitz zufiel. An die Stelle eines neutralen Schiedsrichters im Stuhle des Vorsitzenden trat der Hauptinteressent. Die Reparationsfrage selbst nahm durch diese Gewichtsverschiebung in der Kommission einen völlig anderen Verlauf, als er den Verfassern und Unterzeichnern des Vertrags vorgeschwebt hatte. Und es entspricht dem einfachen historischen Sachverhalt, wenn Lloyd George, der letzte lebende kompetente Interpret des Vertrags, in seinem jüngsten Buche „Die Wahrheit über Repa-

rationen und Kriegsschuld" sein Urteil über diese nachträgliche Korrektur des Vertrags dahin abgibt: „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat."

Dieselbe Rückwirkung übertrug sich auf die Oberschlesienfrage. Denn auch hier war in dem internationalen, mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgerüsteten Vollzugsausschuß zur Durchführung der Volksabstimmung, der nur aus vier Mitgliedern (Vereinigte Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien) bestand, den Amerikanern offensichtlich der Vorsitz zugedacht. So aber blieben nur Frankreich, Großbritannien und Italien übrig, und der Ausschuß geriet völlig in das Fahrwasser der französischen antideutschen Politik. Auf diesem Wege kam es in der Zeit vor und während der Abstimmung zu dem bekannten Weltskandal eines Terrorregimentes der französischen Truppen, das den Polen im Abstimmungsgebiet durch Begünstigung der Bandeneinfälle und sonstige Einschüchterung der Bevölkerung bewußten Vorschub leistete. Der Ausfall der Abstimmung blieb davon nicht unbeeinflußt. Auch die Grenzziehung selbst hätte sicher unter einem andern Stern gestanden. Denn die Festsetzung der Grenze wäre nie ohne Konsultation dieses Ausschusses erfolgt. Auch hier gilt, was Lloyd George für die Reparationsfrage gesagt hat: „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat." Die gleiche Beweisführung läßt sich auf das Regime der Rheinlandbesetzung ausdehnen. Denn auch hier war durch den Ausfall der Amerikaner in der Okkupationsarmee und in der Rheinlandkommission eine grundlegende Verschiebung des ganzen politischen Traggerüstes eingetreten. Man braucht sich nur einmal auszudenken, welchen ungeheuren Eindruck auf die Welt die Drohung mit einem Rücktritt der Amerikaner an diesem Rheinlandregime und einer Rücknahme der amerikanischen Truppen

gemacht hätte, von einem wirklichen demonstrativen Austritt ganz zu schweigen! Die ganze Geschichte der Okkupation des deutschen Westens bis zu dem Ruhrabenteuer von 1923 hätte sicher einen anderen Verlauf genommen! Auch auf diesen Tatbestand trifft Lloyd Georges Feststellung zu: „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat."

Die Rückwirkung der amerikanischen Nichtunterzeichnung auf das Gefüge und die Funktion des Völkerbundes ist zu bekannt, als daß hier besondere Ausführungen erforderlich wären. Noch einschneidender aber war die Fehlentwicklung des Völkerbunds als solchen, der nach dem Sinne und Willen seiner geistigen Väter das Zwillingsinstrument zur allmählichen Entgiftung des Vertrags und Überleitung Europas und der Welt in einen wirklichen Friedenszustand hatte werden sollen. Der infolgedessen auch die Generalinstanz für die Beseitigung aller Störungskomplexe des Weltfriedens hatte werden sollen. Nach seiner eigenen Präambel sollte seine erste Aufgabe die „Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit" sein durch die Übernahme der Verpflichtung, „nicht zum Kriege zu schreiten und in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten". Was ist aus diesem ursprünglichen idealen Plan geworden? Die Reparationsfrage ist ihre eigenen Wege gegangen. In der Abrüstungsfrage hat man sich provozierend viel Zeit genommen, in der Frage der Niederlegung der Zollgrenzen und Handelsschranken, die ein Programmpunkt Wilsons war, hat der Völkerbund die Verwandlung der Welt in ein Heerlager des Wirtschaftskrieges mit angesehen und sich auf mehr oder weniger gutgemeinte Ratschläge oder Kritiken

beschränkt. In der Mandatsfrage sind alle hochtrabenden Versprechungen und Verpflichtungen von einer „Treuhänderschaft" der Mandatsmächte geduldiges Papier geblieben. Der heute bestehende Zustand ist weiter nichts als eine noch nicht einmal mühsam verschleierte Annexion. Der Artikel 19 aber über die „Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte", der einer der Kernpunkte des Völkerbundwerkes nach dem Willen seiner Stifter war, ist ein ängstlich gehütetes „Noli me tangere" geblieben. Die tiefste Ursache dieser Sabotage des Völkerbundgedankens ist - nach dem Urteil von Lloyd George - die innere Unehrlichkeit der Signatarmächte, die sich immer nach dem Grundsatze zu richten scheinen: „Ich will zu meinem Worte stehen, bis ich die Gelegenheit habe, es zu brechen." „Versprechungen, die mit solchen Vorbehalten gegeben wurden, sind nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben sind." So hat Lloyd George selbst diesen dolus der Völkerbundmächte unerbittlich festgenagelt. Auch hier gilt darum die juristische Schlußfolgerung: „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat."

Ganz eklatant verstößt auch die Praxis des Völkerbundes auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gegen Geist und Sinn der in dem Friedensvertrag getroffenen Entscheidungen über die Grenzziehung in Mittel- und Osteuropa. Denn durch alle zeitweise unerquicklichen Auseinandersetzungen über diese Grenzziehungen, die selbst den Amerikanern nicht immer ganz geheuer waren, zieht sich als Motiv der Rechtfertigung die Berufung darauf, daß den neuzugründenden Staaten die Verpflichtung auferlegt würde, paritätisch durch Schutzmaßnahmen für die neu-

gewonnenen Nationalitäten zu sorgen. Diese Voraussetzung ist ein unveräußerlicher Bestandteil des Vertrags als ganzem. Denn es wäre kaum je zu den Einseitigkeiten in der Gebietszuteilung gekommen, wenn die Verfasser des Vertrags, namentlich im angelsächsischen Lager, sich nicht vor ihrem eigenen Gewissen und der Außenwelt durch die Berufung auf diese Sicherung des Minderheitenschutzes in den gleichzeitigen Spezialverträgen gerechtfertigt hätten. Was ist aber daraus geworden? Man braucht nur in die Zeitungen zu sehen und zu lesen von der Vertreibung von einer Million Deutscher aus Polen, von dem zeitweiligen latenten Kriegszustand zwischen Polen und Ruthenen in Galizien, von dem gespannten Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschecho-Slowakei und der planmäßigen Zurückdrängung der deutschen Sprache, Kultur und Wirtschaft, von der wirtschaftlichen und politischen Aushöhlung der magyarischen und deutschen Minderheiten in Rumänien, von der Spannung zwischen Italienern und Jugoslawen an ihrer neuen Grenze und von der Behandlung der Deutschen durch die Litauer in dem „Freistaat" Memel und in den Randstaaten, und man gewinnt eine greifbare Vorstellung von dem wirklichen „Minderheitenschutz" in Europa und den Versäumnissen des Völkerbundes in dieser Kardinalfrage der Völkerbeziehungen auf dem Kontinent. Auch hier ist es keine Übertreibung, mit den Worten Lloyd Georges zu konstatieren: „Das ist n i c h t der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat."

Am skandalösesten aber ist und bleibt die Art, wie die beiden Abrüstungsversprechungen des Vertrages durch die Siegermächte in den vierzehn Jahren seit ihrer Niederschrift behandelt worden sind. Das ist einmal die Präambel zu dem Teil V des Vertrages, die so lautet:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten."

Hier ist also Deutschlands Abrüstung klipp und klar als der erste Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen und als eine Art Vorleistung zu diesem universalen Akt des Völkerfriedens bezeichnet worden. Auf derselben Ebene liegt der Artikel 8 der Völkerbundsatzung, in dem es ausdrücklich heißt:

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.

Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen."

Hier haben die Gründer des Völkerbundes der Welt das feierliche Versprechen einer Herabsetzung der Rüstungen gegeben, das sogar in bestimmte zeitliche Fristen eingeteilt ist, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen.

Beide feierliche Erklärungen sind so gemeint gewesen, daß Deutschlands Abrüstung ein erster Schritt zu einem festen Ziel sein sollte, dem in kurzer Frist die entsprechenden Schritte seiner Vertragsgegner folgen sollten. Das hat die Entstehungsgeschichte dieser beiden Artikel einwandfrei

gezeigt. Und dieser Sinn ist auch durch das Zeugnis maßgebender Mitverfasser dieser Artikel, wie z. B. des Generals Bliß, dokumentarisch belegt. Die Entstehungsgeschichte des Artikels 8 des Völkerbundpaktes ergibt sogar, daß für alle maßgebenden Urheber dieses Artikels die Rechtsgleichheit Deutschlands nach seiner Aufnahme in den Völkerbund eine Selbstverständlichkeit war, daß für sie also schon aus dem Prinzip des Völkerbundes heraus eine Ausnahmebehandlung Deutschlands in der Frage der Landesverteidigung völlig indiskutabel war.

Man hat darüber gestritten, ob diese beiden Abrüstungsartikel eine juristisch bindende Verpflichtung enthalten. Die Gelehrten werden sich darüber wohl nie einigen. Aber wenn Treu und Glauben in den Beziehungen der Völker überhaupt eine Bedeutung haben sollen, wenn Moral und Recht im Völkerrecht nicht getrennte Wege gehen sollen, dann kann über den Sinn dieser beiden Artikel nicht der geringste Zweifel bestehen. Der Sinn kann nur der sein, daß die einseitige Abrüstung Deutschland als erster Akt einer allgemeinen Abrüstungsaktion auferlegt wurde, da ja der gleichzeitig ins Leben gerufene Völkerbund ohnedies sich eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen als eine der ersten Aufgaben gesetzt hatte. Hier traf sich das Lebensgesetz des Völkerbundes und die Deutschland auferlegte Entmachtung an einem gemeinsamen Schnittpunkt zu einer moralischen Verpflichtung der Sieger. Diesen gleichen Sinn haben die Alliierten und Assoziierten Mächte in ihrer Antwort vom 16. Juni 1919 selbst der deutschen Entwaffnungsaktion beigelegt. Denn damals antworteten sie der deutschen Delegation auf deren Beschwerden gegen die einseitige Abrüstung:

„Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben die deutschen Delegierten schon darauf hingewiesen, daß die

Völkerbundsatzung Bestimmungen hinsichtlich der „Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß' enthält, „das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist'. Sie erkennen an, daß Deutschlands Annahme der für seine Abrüstung festgesetzten Bestimmungen die Verwirklichung einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen erleichtern und beschleunigen wird, und sie haben die Absicht, sofort Verhandlungen mit dem Ziele der eventuellen Annahme eines Planes zu allgemeiner Rüstungseinschränkung zu eröffnen. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Verwirklichung eines derartigen Programms zu einem großen Teile von der befriedigenden Ausführung der eigenen Verpflichtungen durch Deutschland abhängen wird."

Deutschland hat seine eigenen Verpflichtungen ausgeführt. Das hat die Gegenpartei endgültig durch Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927 und die Abberufung der Entwaffnungsexperten im Januar 1930 sowie schließlich durch die Räumung des Rheinlandes im Juni 1930 anerkannt. Aber immer noch wartet die Welt auf die Einlösung des Versprechens der Gegenleistung. Weder der „Plan zur allgemeinen Rüstungseinschränkung" liegt vor, noch viel weniger die „Verwirklichung". An der moralischen Verbindlichkeit der Verpflichtung der Siegermächte zum nächsten Schritt kann nach diesen dokumentarischen Belegen kein Zweifel bestehen, wenn nicht obendrein das Zeugnis des letzten Überlebenden der eigentlichen Urheber des Vertrags in aller Form vorläge. Es ist die öffentliche Bekundung von Lloyd George in einem Zeitungsaufsatz „Gleiches Recht für Deutschland!" vom September 1932, in dem er schrieb: „Als einer der beiden Überlebenden (neben Orlando)

nehme ich keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben." In seinem im Sommer 1932 erschienenen Buch „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden" spricht er direkt von den Abrüstungsbestimmungen des Vertrags als einer „feierlichen Verpflichtung" Frankreichs, „dem Beispiel Deutschlands zu folgen".

Auch hier also kann ein kritischer Vergleich zwischen dem ursprünglichen Text des Vertrags und der späteren Ausführung zu keinem andern Schlusse führen als dem: „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hat."

Diese nachträgliche Verfälschung des Vertrags kann man bereits als die tatsächliche Revision durch seine eigenen Urheber ansehen. Denn wenn es den Schutzpatronen des Vertrags wirklich ernst gewesen wäre um die „Heiligkeit" ihres Vertrags, dann hätten sie, soweit es an ihnen lag, diesen Vertrag bis zum letzten i-Tüpfelchen aufrechterhalten müssen. Dann wäre es einfach ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, daß sie z. B. wie im Falle des von Deutschland abgetretenen Memelgebietes durch den Einbruch der Litauer sich die Entscheidung über das völkerrechtliche Schicksal des Memelgebietes von außen vorschreiben ließen.

Schon an diesen Wandlungsprozessen auf seiten der Verfertiger des Vertrags dokumentiert sich das historische Gesetz des ewigen Werdens, dem jede Menschensatzung unterliegt, und die rettungslose Illusion, der alle Weltverbesserer verfallen sind, die meinen, sie könnten den ewigen Kreislauf der Erde oder der Sonne an einem festen Punkte zum Stillstand bringen. Die Natur spottet solcher

Stümper. So unterliegt auch der verblendete Versuch des Versailler Vertrags, einen festen Zustand für immer und ewig zu dekretieren, dem Gesetz alles Werdens und Vergehens, dem Schicksal der Revision.

Darum ist in dem vergangenen reichlichen Jahrzehnt bereits mancher Mauerstein aus dem auf Ewigkeit berechneten Gebäude herausgebrochen. Schon der Separatfriedensvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten war eine Durchkreuzung des Systems, auf dem der Vertrag ruhte. Bald danach hat der Rapallo-Vertrag vom Ostersonntag des Jahres 1922 durch eine Spezialvereinbarung zwischen Rußland und Deutschland z. B. die im Artikel 116 von den Alliierten zugunsten Rußlands vorbehaltenen Reparationsansprüche annulliert. Die Geschichte der Rheinlandräumung und der Reparationsfrage, so leidensreich sie für das deutsche Volk und die Welt ist, ist ein weiterer Beitrag zu der These von der unaufhaltsamen Revision.

Alle Versuche in der Geschichte, die historische Entwicklung durch einen Stacheldraht von Paragraphen aufhalten zu wollen, sind immer an der Macht der Tatsachen gescheitert. Auch der Versailler Vertrag wird keine Ausnahme von dieser Erfahrungsregel bilden. Die Frage, die allein offensteht, ist die, ob diese Revision sich in der Form der Evolution oder der Revolution vollzieht. Diese Frage ist allein in der Hand der Urheber des Vertrags als der eigentlichen Machthaber in Europa und der Welt gelegt.

Aber an der elementaren Unaufhaltsamkeit der Revision werden alle Versuche der Nutznießer des Vertrags, ihn zu verewigen, nichts ändern. Denn es gilt in diesem historischen Prozeß, genau wie in dem Wiederaufnahmeverfahren für einen unschuldig Verurteilten, das Georges Clemenceau

an der Seite von Emile Zola durchfocht, mit leichter Abwandelung das siegesgewisse Glaubenswort:

„La revision est en marche, rien ne l'arrêtera!“ - „Die Revision ist auf dem Marsche, nichts wird sie aufhalten!"

Der Inhalt dieses Bandes wurde dem Werk „Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens" von Wilhelm Ziegler entnommen.